



# Richard Calwer Das sozialdemokratische Programm



1. bis 3. Tausend

Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1914

2 XI

## Einleitung

Vornehmlich drei Gründe veranlassen mich, gerade jetzt das Programm der sozialdemokratischen Partei einer kritischen Erörterung zu unterziehen.

Am erster Stelle weise ich darauf hin, daß es den Arbeitgeberorganisationen im Jahre 1913 gelungen ist, eine einheitliche Zentralisation zu schaffen. Die Arbeitgeberorganisationen sind entstanden zu einer Zeit, da die Arbeiterorganisationen auf die einzelnen Arbeitgeber schon einen ziemlich starken Druck auszuüben vermochten. Bei den starken Interessengegensätzen innerhalb der Arbeitgeberschaft war es nicht leicht, eine einheitliche Organisation zustande zu bringen. Anfangs bestanden auch zwei Zentralverbände, aber die Einsicht, daß den Arbeiterorganisationen eine einheitliche und geschlossene Organisation der Arbeitgeber entgegengesetzt werden mußte, siegte trotz aller internen wirtschaftlichen und sonstigen Gegensätze: die Arbeitgeber sind nunmehr in einer einzigen Zentralorganisation zusammengeschlossen.

Betrachten wir dieser Entwicklung gegenüber das Verbandswesen der Arbeiter, so müssen wir leider eine weitgehende Zersplitterung konstatieren. Wir haben eine ganze Reihe verschiedener Organisationen vor uns. Gewiß ragen unter ihnen die freien Gewerkschaften als die weitaus stärkste Zentralorganisation hervor, aber daneben bestehen noch mehrere andere zentralisierte Verbände, von denen jeder für sich und meist in scharfem Gegensatz zu den anderen Zentralverbänden operiert. Während der einheitliche Zusammenschluß der Arbeitgeber durch wirtschaftliche Gegensätze gehemmt und erschwert worden ist, sind es bei den Arbeitern weniger wirtschaftliche Gründe, die ein Zusammengehen verhindern, sondern es sind Motive, die bei der Organisation der Arbeitgeber auf wirtschaftlichem Gebiete gar nicht in Frage kommen. Der Arbeiter schließt sich seiner Organisation nicht aus rein wirtschaftlichem Interesse an, sondern er nimmt auf das religiöse oder auf das politische Bekenntnis oft mehr Rücksicht als auf sein wirtschaftliches Interesse. Auf diese Weise kommt für die Verkäufer der Ware Arbeitskraft

eine Zersplitterung im Verbandswesen zustande, die ausschließlich zum Vorteil der einheitlich organisierten Arbeitgeber ist. Und doch bedarf es keiner weiteren Ausführung, daß eine einheitliche zentrale Organisation der Verkäufer der Ware Arbeitskraft weit notwendiger wäre, wenn man die Bewertung der Arbeitskraft allgemein, systematisch und dauernd heben will, als eine solche Zentralisation der Arbeitgeber. Die Nachteile der Zersplitterung, die sich heute schon wahrnehmbar machen, werden sich je länger, desto mehr verstärken. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Allein schon die Tatsache, daß die Arbeiterverbände sich gegenseitig in heftiger Weise bekämpfen und dadurch Wasser auf die Mühlen ihrer wirtschaftlichen Gegner liefern, ist Beweis genug für die Schädlichkeit der verschiedenen Zentralorganisationen. Jedes einheitliche Vorgehen der Arbeiter ist erschwert, wenn nicht gehindert, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die an sich schon über alle Maßen groß ist, wird noch besonders verschärft und vereitelt im allgemeinen wie im besonderen die einheitliche Vertretung der Arbeiterinteressen. Neuerdings macht sich noch die Ausbreitung der gelben Organisationen höchst unangenehm bemerkbar; sie nehmen stärker zu, als man vor Jahren vielleicht geglaubt hatte. Sie sind keineswegs ungefährlich, sondern üben Wirkungen aus, mit denen manche große Gewerkschaft ernstlich zu rechnen hat. Ich will hier nicht einzelne Beispiele aus der jüngsten Zeit des näheren anführen. Aber der Kenner der Verhältnisse wird mir nicht unrecht geben, wenn ich sage, daß die Vielheit der Arbeiterorganisationen sich noch zu einem Krebsübel auswachsen wird, wenn es nicht gelingt, in den Arbeitern die nämliche Einsicht zu wecken, von der sich die Arbeitgeber bei der Schaffung ihrer einheitlichen Zentralorganisation haben leiten lassen. Die Zersplitterung auf dem Gebiete der Arbeiterorganisation muß beseitigt werden. Das ist eine dringende und drängende Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung.

Um diese einheitliche Zentralisation schaffen zu können, ist es die erste Voraussetzung, daß alle Schranken weggeräumt werden, die einer einheitlichen Organisation auf wirtschaftlichem Gebiete im Wege stehen. Vor allem ist es die Aufgabe der freien Gewerkschaften, den Weg von diesen Schranken freizumachen. Man wird mir sagen: Schon heute ist dieser Weg freigemacht. Zu den freien Gewerkschaften hat

jeder Arbeiter Zutritt ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, ohne Rücksicht auf sein religiöses Glaubensbekenntnis. Formell ist dieser Einwand durchaus richtig, sachlich liegen die Verhältnisse aber doch wesentlich anders. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter bestehen überwiegend aus Sozialdemokraten. Unwillkürlich werden Arbeiter, die einer anderen Auffassung huldigen, sich etwas gedrückt oder gar zurückgesetzt fühlen, da sie in der Minorität sind. Die sozialdemokratische Auffassung beherrscht die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Da ist es nun angebracht zu untersuchen, ob die sozialdemokratische Auffassung so hieb- und stichfest ist, wie es in den Arbeitermassen angenommen wird, oder ob nicht doch auch hier manche Revision angebracht wäre, die eine größere Toleranz zur Folge hätte. Vielleicht sind hier unzulässige Schranken aufgerichtet, die zu beseitigen im Interesse des einheitlichen Zusammenschlusses der Verkäufer der Ware Arbeitskraft liegt. Vor allem sind es die freien Gewerkschaften selbst, die an der Beseitigung dieser Schranken ein großes Interesse haben müssen.

Ich komme nun zur Anführung eines zweiten Grundes, der mich zur Kritik des sozialdemokratischen Programms veranlaßt.

Das Programm ist zu einer Zeit entstanden, in der die Wichtigkeit des rein wirtschaftlichen Kampfes stark unterschätzt wurde. Man glaubte damals noch, den Kapitalismus im Sturmschritt niederwerfen zu können. Die Gewerkschaftsbewegung wurde damals ebenso unrichtig eingeschätzt wie die Konsumentenorganisationen. Man sah allein in der politischen Bewegung die Waffe im Kampfe mit den Gegnern. Man hoffte auch auf eine baldige Entscheidung. So sagt Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“: „Der Kampf der neuen Welt wider die alte ist entbrannt. Es treten Massen auf die Bühne, es wird mit einer Fülle von Intelligenz gekämpft, wie die Welt noch in keinem Kampf gesehen, kein zweites Mal einen ähnlichen Kampf mehr sehen wird. Denn es ist der letzte soziale Kampf. Das 19. Jahrhundert wird schwerlich zu Ende gehen, ohne daß dieser Kampf so gut wie entschieden ist.“ Der Kampf ist aber noch lange nicht entschieden, und auf politischem Wege ist er erst recht nicht zur endgültigen Entscheidung zu bringen.

Wenn man heute die starke freigewerkschaftliche Organisation der Arbeiter betrachtet, so muß man zugeben, daß man sich in sozialdemokratischen Kreisen über die Wichtigkeit des wirtschaftlichen Kampfes für die Besserstellung der Arbeiterschaft sehr stark getäuscht hat. Heute stehen sich Partei und Gewerkschaften als zwei gleichberechtigte Faktoren gegenüber, operieren auch bis zu einem gewissen Grade gemeinsam miteinander. Ja, der Einfluß der Gewerkschaften ist schon so stark, daß die Partei weitgehende Rücksicht auf sie nehmen muß. Aber so war es nicht immer. Die Selbständigkeit der Gewerkschaften mußte innerhalb der Partei erst erkämpft werden. Es ist nützlich, darüber sich Rechenschaft zu geben, wenn man den ganzen Entwicklungsprozeß, der noch nicht abgeschlossen ist, verstehen will.

Man sah seinerzeit die Regungen der Gewerkschaften nach Selbständigkeit in den führenden Parteikreisen gar nicht gerne. Charakteristisch für die Anschauungen ist ein Brief, den Uuer als Mitglied des Parteivorstandes an Legien, den Vorsitzenden der Gewerkschaften, Anfang der neunziger Jahre geschrieben hat und der von Legien auf dem Kölner Parteitage im Jahre 1893 bekanntgegeben wurde. In diesem Briefe führt Uuer aus:

„Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Teil, aber immer nur als ein Teil der organisierten, klassenbewussten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden — etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Teil derselben ist —, macht sich seit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisierende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche speziell in der Generalkommission ihren Ausgangs- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt und wenn sie größeren Anklang fänden, geradezu verhängnisvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung. Ich fürchte nun zwar nicht, daß Ihre und Ihrer Freunde Separationsbestrebungen irgendwelchen Erfolg haben werden. Die Zahl der alten Genossen, welche die Partei und Gewerkschaften unter den schwierigsten Verhältnissen in treuer Waffenbrüderschaft Schulter an Schulter haben kämpfen sehen und selbst mitkämpften, ist eben doch zu groß, als daß Ihre aus den Nägeln gezogenen Behauptungen über die angeklagte Vernachlässigung der Gewerkschaften irgendwie ernst genommen zu werden brauchen. Es mag ja für die Väter der Generalkommission sehr ärgerlich sein, daß der Einfluß dieser Körperschaft ein so bescheidenes geblieben ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Sompers und Konforten blüht.“

Heute würde sicherlich kein Mitglied des Parteivorstandes einen solchen Brief an Legien schreiben. Die hochfliegenden Pläne sind über Erwarten in Erfüllung gegangen, die gewerkschaftliche Organisation steht überragend neben der politischen Organisation. Aber was mir noch wichtiger erscheint, ist folgendes: Damals, auf dem Kölner Parteitage stand selbst Legien noch auf einem Standpunkte, der deutlich verrät, daß er die Superiorität der Partei anerkannte und anerkennen wollte. So sagte Legien unter anderem: „Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorschule für die politische Bewegung.“ — „Niemand ist von den Führern der gewerkschaftlichen Bewegung behauptet worden, daß die gewerkschaftliche Organisation etwas anderes als ein Palliativmittel sei innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft.“ — „Die hier befürchtete Gefahr, daß die Gewerkschaftsbewegung über die politische die Oberhand gewinnen werde, liegt doch aber gewiß nicht vor.“ Würde heute Legien noch diese Sätze aussprechen können? Nein, inzwischen ist eben die damals noch schwache Gewerkschaftsbewegung zu einem überaus starken Faktor neben der politischen Organisation geworden, und heute denkt niemand mehr aus der Partei daran, Legien zuzurufen: „Sind denn Generalkommission und Gewerkschaften identisch? Ja, Genosse Legien, sind Sie denn die Gewerkschaftsbewegung? Kristallisiert dieselbe sich in dem Mittelpunkte der Generalkommission, als der Sie sich uns vorgestellt haben?“ In nun zwanzig Jahren hat sich die Entwicklung zugunsten der Gewerkschaften so verschoben, daß heute zum mindesten rein formell betrachtet eine Parität zwischen Partei und Gewerkschaften herrscht. Glaubt man nun aber, daß damit die Entwicklung ein für allemal abgeschlossen sei? Das wäre ein totales Verkennen der in der Arbeiterbewegung wirkenden Kräfte. Wie bisher die gewerkschaftliche Organisation die Anerkennung ihrer Selbständigkeit zu erreichen wußte, so wird es ihr auch gelingen, ihre Suprematie durchzusetzen, mag dies auch noch so allmählich und sanft geschehen. Diese Vorherrschaft liegt eben in der Natur der Sache begründet, so sehr auch der historische Anfang der Entwicklung meiner Auffassung zu widersprechen scheint.

Neben der Gewerkschaftsbewegung ist aber auch die Organisation der Konsumenten erstarkt. Wir werden sehen, welche eine wichtige

Waffe im Kampfe um die Besserstellung der Arbeiterschaft der Zusammenschluß der Konsumenten ist. Er ist die notwendige Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung. Auch der Wert dieser Organisation wird heute schon ganz anders eingeschätzt als vor noch zwanzig Jahren.

Es ist nun beachtenswert, daß jede der drei Organisationsformen der deutschen Arbeiter ihre formelle Unabhängigkeit erlangt hat. Besonders eine Erscheinung ist für uns beachtenswert. Behauptet ein Gegner, die freien Gewerkschaften seien sozialdemokratisch, so wird remonstriert und betont, daß die Gewerkschaften nichts mit Politik zu tun hätten. Die Konsumvereine treten ebenfalls als politisch völlig neutrale Gebilde auf und weisen eine Zusammengehörigkeit mit der Sozialdemokratie zurück. Wenn nun aber alle drei Organisationen, die politische, die gewerkschaftliche und die konsumgenossenschaftliche, für die Hebung der deutschen Arbeiterbevölkerung notwendig sind, warum rücken die rein wirtschaftlichen Organisationen so häufig von dem politischen Bruder ab? Geschieht das etwa bloß aus taktischen Gründen, um der Gesetzgebung und der Rechtsprechung Rechnung zu tragen? Nein, meines Erachtens liegen die Ursachen dieser Erscheinung tiefer. Die auf dem sozialdemokratischen Programm fußende Politik der Sozialdemokratie erschwert ein Zusammengehen in hohem Maße. Die Gewerkschaftsbewegung wie die Konsumvereine wollen ihren Mitgliederkreis möglichst ausdehnen und nehmen alle in sich auf, die die nämlichen wirtschaftlichen Interessen als Produzenten bzw. als Konsumenten haben. Sie fragen nicht nach dem politischen Bekenntnis. Die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie erfordert aber ein Bekenntnis zu den Grundsätzen des Parteiprogramms, das sich vielfach nicht mehr mit den Grundsätzen der Gewerkschafts- und Konsumvereinsbewegung verträgt. Will die sozialdemokratische Partei der politische Vollstrecker des wirtschaftlichen Einflusses der deutschen Arbeiterschaft verbleiben, so muß sie auch in ihrem Programm auf die veränderten Verhältnisse Rücksicht nehmen und alles ausmerzen, was die einheitliche Zusammenfassung der Arbeiterschaft erschwert.

Endlich bewegt mich zu einer Besprechung der Grundsätze des sozialdemokratischen Programms noch der Umstand, daß in der sozial-

demokratischen Partei selbst das Bedürfnis nach einer Revision des Programms stark gefühlt und wiederholt schon ausgesprochen worden ist. Es wird daher nichts schaden können, wenn ein Außenstehender zu der Revisionsaufgabe einiges Material beibringt, das zum Nachdenken anregen soll. Ich verkenne durchaus nicht, daß es für eine festgefügte Partei ungemein schwer ist, an ihren nun einmal feststehenden Grundsätzen so wesentlich zu ändern, wie dies von mir verlangt wird. Dazu wird es nur allmählich kommen können, obwohl nach Wilhelm Liebknecht sich die Partei in ihrem Programm keinen Papst schaffen wollte und sollte. Es ist um so schwerer, wesentliche Änderungen vorzunehmen, als man unter dem geltenden Programm eine gute Strecke Weges mit großem Erfolg zurückgelegt hat. Aber alles das sind Erwägungen, die mich nicht abhalten können, die Prüfung der sozialdemokratischen Grundsätze so streng wie möglich vorzunehmen, um die Arbeiter und ihre Führer auf die wirtschaftlichen Hauptprobleme hinzuweisen, deren Lösung so wichtig ist, daß alle anderen Gesichtspunkte und Forderungen dagegen in den Hintergrund zu treten haben.

Die nachfolgenden Ausführungen stellen in erster Linie eine Polemik dar, aber sie enthalten auch positive Anregungen. Eine systematische Darlegung meiner Anschauungen über den wirtschaftlichen Kampf, seine Möglichkeiten und Erfolge findet sich in meiner „Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik“<sup>1</sup>, auf die ich an dieser Stelle die Leser verweise. Dort finden sich die theoretischen Voraussetzungen zu der nachfolgenden polemischen Schrift.

<sup>1</sup> Verlag für Sprach- und Handelswissenschaft, Berlin 1913.

## Die Produktivität der Arbeit

Das sozialdemokratische Programm beginnt mit einer Kennzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und behauptet ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Diese Behauptung schließt einen Kardinalirrtum in sich, und daher machen wir sie zum Ausgangspunkt unserer Kritik. Die Vorstellung, daß die menschliche Arbeit, worunter die Handarbeit zu verstehen ist, produktiv sei, kam unter der Einwirkung der Entwicklung der modernen Maschinenindustrie auf. Aber eine genaue Überlegung lehrt, daß die menschliche Arbeit überhaupt nicht produktiv ist, nicht produktiv sein kann. Produktiv heißt hervorbringend, erzeugend, fruchtbar. Nun ist der Mensch als solcher zweifellos produktiv, indem er seine Gattung vermehrt. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Auch auf geistigem Gebiet ist der Mensch schöpferisch, was hier besonders betont, aber nicht weiter ausgeführt werden soll. Aber die menschliche Arbeit als solche bringt nichts hervor, sie verändert vielmehr nur gegebene Stoffe in einer Weise, die aus wirtschaftlichen Gründen nötig ist. Die Güter, die den Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erforderlich sind, finden sich in der Natur vor oder werden von dieser periodisch neu hervorgebracht. Das menschliche Geschlecht ist, um leben zu können, in erster Linie auf die Produktivität der außer-menschlichen Natur angewiesen. Die Produktivität der Pflanzen- und Tierwelt ist es, die die Voraussetzung für die Existenz des Menschengeschlechts bietet. Die Pflanzen und die Tiere vermehren sich, und die Menschen haben diese Produktivität sich in hohem Maße zu nutze gemacht, indem sie die nützlichen Pflanzen und Tiere in besondere Pflege nahmen und deren natürliche Vermehrung möglichst begünstigten. Der Wachstumsprozeß selbst ist eine Angelegenheit, auf dessen innerstes Wesen der Mensch keinen wesentlichen Einfluß ausüben kann. Der Erfolg resp. Mißerfolg dieses Prozesses hängt von Faktoren ab, die dem Machtbereich des Menschen in hohem Grade, zum Teil sogar ganz und gar entzogen sind. Landwirtschaft und Viehzucht sind die beiden Hauptgebiete, in denen die natürliche Produktivität für den Er-

folg des menschlichen Wirtschaftens direkt ausschlaggebend sind. Der Landwirt mag durch seine Arbeit alles aufbieten, um die Gestaltung der natürlichen Produktivität so günstig wie möglich verlaufen zu lassen, Wind und Wetter sowie noch andere unbeherrschbare Faktoren können alle gut gemeinten Vorbereitungen über den Haufen werfen, so daß das Resultat in keinem Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe steht: die Produktivkraft hat versagt. Etwas günstiger ist der Erfolg der menschlichen Bemühungen bei der Produktivität des Nutzviehs, aber auch hier ist die natürliche Produktivkraft in letzter Linie ausschlaggebend.

Diese natürliche Produktivkraft von Pflanzen und Tieren ist aber für die gesamte menschliche Wirtschaft ungleich wichtiger, als man dies gemeinhin annimmt. Woher stammen denn die Stoffe, die wir zur Befriedigung der meisten Bedürfnisse nötig haben? Sicherlich aus dem Pflanzen- und Tierreiche. Von den Nahrungs- und Genußmitteln wollen wir erst gar nicht reden, denn bei ihnen ist diese Herkunft selbstverständlich. Aber auch die menschliche Bekleidung bezieht ihre Rohstoffe dorthin. Auch die Ersterbe der Wohnungen bedarf wenigstens zu einem Teile, soweit Holz in Frage kommt, der natürlichen Produktivkraft (Forstwirtschaft). Wie sich nun diese Produktivkraft, die im allgemeinen periodisch wirksam ist, jeweilig gestaltet, darauf hat die menschliche Arbeit keinen ausschlaggebenden Einfluß.

Damit soll nun freilich nicht etwa gesagt werden, daß der Mensch überhaupt keinen Einfluß auf die Leitung und Regelung der natürlichen Produktivkraft habe. Den hat er, und zwar zum Teil in hohem Maße. Zunächst hat es der Mensch in seiner Gewalt, zu bestimmen, in welchem Umfange eine bestimmte Pflanze oder ein bestimmtes Tier sich entwickeln soll, wobei freilich die einzelne Privatwirtschaft sich nach ihren eigenen Interessen zu richten hat. Denn da die einzelnen Privatwirtschaften den Kampf ums Dasein in der Hauptsache für sich selbst zu kämpfen und im Tauschverkehr mit den anderen das eigene Interesse in den Vordergrund zu stellen haben, so wird die Regelung des Umfanges der Produktion von den Interessen der einzelnen Privatwirtschaften bestimmt sein. Aber immerhin, der Mensch, der die natürliche Produktivkraft nicht willkürlich beeinflussen kann, vermag den quantitativen Rahmen zu bestimmen, auf dem sie sich entwickeln muß.

Pflanzenwelt und Tierwelt sind die wichtigsten, aber nicht die einzigen Quellen, aus denen die menschliche Wirtschaft ihre Stoffe zur Befriedigung der Bedürfnisse holen muß. Kohlen, Erze, Steine, Erden und noch andere Stoffe, also die anorganischen Rohstoffe, sind gewissermaßen fertig in der Erde oder auf der Erde vorhanden, und die Menschen haben sie sich nur anzueignen. Die Produktivkraft der Natur spielt bei diesen Stoffen keine Rolle oder keine Rolle mehr. Sie werden nicht periodisch neu erzeugt, sondern sie sind in einem bestimmten gekannten oder noch ungekannten Umfang vorhanden und stehen den Menschen zur Verfügung. Freilich bedarf es zur Aneignung mehr oder minder großer Arbeit.

So gibt uns also die Natur alle Stoffe, die die menschliche Wirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse braucht. Die wichtigsten Stoffe verdanken wir aber der periodischen Produktivkraft der Natur. Um alle diese Stoffe zu gewinnen, ist zwar wohl ein großes Maß menschlicher Arbeit notwendig. Aber man wird nicht behaupten können, daß diese Arbeit produktiv sei. Die Arbeit mag mehr oder weniger wirtschaftlich, auch unwirtschaftlich sein, aber sie selbst bringt nichts hervor. Ja die Beurteilung, ob die Arbeit wirtschaftlich bzw. unwirtschaftlich ist, hängt schließlich sogar von dem Grade der natürlichen Produktivkraft ab. Wenn z. B. ein Landwirt Grund und Boden hat, auf dem die natürliche Produktivität schwach ist, während bei einem anderen Landwirt Grund und Boden hochergiebig ist, so ist zweifellos der erste Landwirt im Nachteil. Aber er kann durch besondere Anstrengungen die Unterschiede in der natürlichen Produktivkraft etwas ausgleichen, durch besondere Wirtschaftlichkeit den Vorsprung des anderen bis zu einem gewissen Grade einholen. Gelingt ihm dies, so hat er durch größere Wirtschaftlichkeit zweifellos einen starken Erfolg erreicht. Aber der Erfolg derartiger Anstrengungen hat seine Grenzen. Wenn trotz größter Wirtschaftlichkeit das Resultat der natürlichen Produktivkraft so gering ist, daß die Lebenshaltung des Privatwirtschafers immer weiter zurückgeht, dann wird alle Wirtschaftlichkeit zusehender. Umgekehrt ist es bei sehr ergiebigem Boden. Hier braucht die Wirtschaftlichkeit des Bebauers ganz gering zu sein, er läuft dank der Vorzüglichkeit der natürlichen Produktivkraft dem höchst wirtschaftlich

tätigen Bebauer ohne weiteres den Rang ab. Man sieht eben an diesem Beispiel, daß nicht die Arbeit produktiv ist und daß alle Wirtschaftlichkeit an dem Faktor der natürlichen Produktivität unter Umständen scheitern muß.

Die Rohstoffe werden nun im Gewerbe weiter verarbeitet bis hinunter zu den Fertigerzeugnissen, die für den menschlichen Konsum bestimmt sind. Welche Rolle spielt hier die menschliche Arbeit? Ist sie hier am Ende produktiv? Bergewärtigen wir uns den Vorgang. Irgendein Rohstoff wird zu einem Fertigerzeugnis zubereitet. Die menschliche Arbeit nimmt alle Vorrichtungen vor, die die Stoffveredelung verlangt. Der Stoff wird geändert, es werden ihm andere Formen gegeben, er wird getrennt, mit anderen Stoffen vereinigt, es finden alle möglichen physikalischen oder auch chemischen Veränderungen statt, aber die Arbeit kann den Stoff nicht vermehren, sie ist wieder nicht produktiv. Da wendet man mir nun vielleicht folgendes ein: Der Arbeiter, der nach dem alten handwerksmäßigen Verfahren in so und so viel Zeit ein Paar Schuhe herstellte, ist imstande, das Drei- bis Vierfache oder noch mehr zu liefern, wenn er in einer modernen Schuhfabrik tätig ist. Das ist doch eine ganz offensichtliche Zunahme der Produktivität der menschlichen Arbeit. Dieser Einwand klingt bestechend, ist aber falsch. Wichtig ist, daß durch die Anwendung der Arbeitsmaschinen der menschliche Arbeiter mehr leisten kann, als ohne das Dazwischentreten der Maschine. Denn die Arbeitsmaschine ersetzt eine ganze Anzahl menschlicher Hände. Um in einer bestimmten Zeit vier Paar Schuhe herzustellen, brauchen wir nach der handwerksmäßigen Methode vier Teile Rohstoff und vier Arbeitskräfte, nach dem modernen Verfahren vier Teile Rohstoff und nur noch eine menschliche Arbeitskraft, wobei freilich noch zu berücksichtigen ist, daß auch die Herstellung und Erhaltung der Maschinen wieder menschliche Arbeitskraft erforderlich macht. Aber immerhin ergibt sich als Resultat eine geringere Beanspruchung menschlicher Arbeitskraft, eine Ersparnis, die der Erfindung und Ausnützung der Maschine zu danken ist. Wenn ich zur Herstellung einer bestimmten Ware so und so viel Arbeitszeit nötig habe und es gelingt mir, durch ein neugefundenes Verfahren die Arbeitszeit auf die Hälfte der Zeit herabzubringen, so habe ich zweifellos

einen großen wirtschaftlichen Fortschritt zu registrieren, indem ich mit weniger Arbeit als bisher den gleichen Effekt erreiche. Ich habe eine große Ersparnis in der Veräußerung menschlicher Arbeitskraft zu verzeichnen, ich arbeite erheblich wirtschaftlicher, der einzelne Arbeiter ist leistungsfähiger geworden, aber ich habe doch nichts hervorgebracht, ich bin nicht produktiver geworden im strengen Sinne dieses Wortes. Und wir müssen an dem strengen Sinne des Wortes produktiv festhalten, wenn wir verstehen wollen, was für die menschliche Wirtschaft die natürliche Produktivkraft und was die menschliche Arbeit zu leisten vermag. Die moderne Industrie hat eine starke Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft zur Folge gehabt, aber produktiv ist die menschliche Arbeit durch sie keineswegs geworden.

Die Arbeit spielt bei der Gewinnung der Rohstoffe eine etwas andere Rolle als bei der Verarbeitung der Rohstoffe. Auf dem erstgenannten Gebiet ist die natürliche Produktivkraft letzten Endes für die Höhe des Ertrages entscheidend. Hat der Mensch aber erst den Rohstoff in Händen, dann allerdings vermag er die Veränderungen, die mit dem Rohstoff vorgenommen werden müssen, um ihn in die Beschaffenheit und Form zu bringen, die für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse notwendig sind, mit Hilfe der entwickelten Technik unter weitgehender Ersparnis von menschlicher Arbeitskraft vorzunehmen. Mit den Fortschritten der Technik, die im wirtschaftlichen Prozeß ausgenützt werden, geht das Quantum der erforderlichen Arbeit zurück. Der Rohstoff muß aber vorhanden sein, und den schafft in der Hauptsache die Produktivkraft der Natur. Von einem Kilogramm Baumwolle kann der Arbeiter auf Grund der modernen Technik grundsätzlich nicht mehr Garn herstellen als der Arbeiter auf Grund rüchständiger Technik. Er braucht heute nur weit weniger Zeit, um das Quantum Garn zu liefern. Er braucht weniger Arbeitskraft zu verausgaben, um den gleichen Effekt zu erzielen wie der Arbeiter von einst. Die Formveränderung, die er an der Rohbaumwolle vornehmen muß, erfolgt unter Einschaltung einer Naturkraft (Wasser, Dampf) und unter Verwendung einer Arbeitsmaschine, die menschliche Hände erspart. Selbstverständlich bedeutet diese Verminderung an benötigter menschlicher Arbeitskraft einen ganz erheblichen wirtschaftlichen Fortschritt, aber es führt zu

einer Verwirrung, wenn man diese künstlich erhöhte Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters mit Produktivität verwechselt. Denn das muß zu der Annahme führen, als ob die menschliche Arbeit als solche produktiv wäre, als ob sie wie die Natur und wie der Mensch selbst in seiner Eigenschaft als Geschlechtswesen etwas hervorbringen, wachsen lassen könnte. Nein, bei allen Fortschritten der Technik bleibt die menschliche Wirtschaft an die natürliche Produktivität gebunden und nur, was diese ihr bietet, kann beliebig verändert, aber nicht vermehrt werden.

Haben wir bisher zu zeigen versucht, daß die Arbeit als solche nicht produktiv ist und nicht produktiv sein kann, so bleibt uns nunmehr zu untersuchen übrig, was es mit dem riesenhaften Wachstum der Produktivität auf sich hat.

Die Steigerung der Produktivität muß sich in erster Linie auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Viehzucht zeigen. Denn von dorthin beziehen wir ja die meisten und die wichtigsten Rohstoffe. Nun soll gar nicht bestritten werden, daß auf diesen Gebieten eine starke Zunahme der Produktion erfolgt ist, daß auch im Durchschnitt die Produktivität selbst zugenommen hat. Vor allem darf nicht übersehen werden, daß das 19. Jahrhundert noch neue jungfräuliche Böden der menschlichen Kultur erschlossen hat, deren ursprüngliche Produktivkraft reiche Ernten unter Aufwendung relativ geringer menschlicher Arbeit wachsen ließ. Und noch immer gibt es recht weite Länderstrecken, die dem landwirtschaftlichen Anbau erschlossen werden oder ihrer Erschließung noch harren. Aber mit diesem quantitativen Anwachsen der Produktion ging auch eine starke Vermehrung der Bevölkerung parallel. Die Vermehrung der Produktion erfolgte nur im Verhältnis zu dem vermehrten Bedarf. Denn da die einzelne Wirtschaft mit den anderen im Tauschverkehr steht, so würde eine zu starke Vermehrung zur Folge gehabt haben, daß bei nachlassender Nachfrage die Preise in einer die Existenz der in Frage kommenden Privatwirtschaften schädigenden Weise herabgegangen wären. So sorgte die Preisgestaltung der Waren im Tauschverkehr fast automatisch dafür, daß der Anbau sich nicht über die Nachfrage hinaus ausdehnte. Wohl ist der Grad der Produktivität von Jahr zu Jahr schwankend, aber diese Schwankungen sucht man bis zu einem gewissen Grade durch den jeweiligen Umfang des Anbaues unter Berücksichtigung der zu

erwartenden Nachfrage auszugleichen. Von einem riesenhaften Wachstum der Produktivität in der Landwirtschaft und in der Viehzucht kann daher wohl keine Rede sein, wenn auch anerkannt wird, daß durch vermehrte Arbeit und durch höhere Kapitalaufwendungen die Produktivkraft an sich heute besser ausgenutzt wird als früher. Vor allem hat man die Bedingungen des Pflanzenwachstums besser erkannt: man weiß, von welchen Stoffen die Pflanze lebt, welche Stoffe sie dem Boden entzieht und welche Stoffe dem Boden wiedergegeben werden müssen, um die Produktivkraft zu erhalten und noch günstiger zu gestalten. In dieser Beziehung sind zweifellos im 19. Jahrhundert gewaltige Fortschritte gemacht worden. Aber diese Fortschritte hat die menschliche Wirtschaft nicht umsonst; sie beanspruchen Kapital und Arbeit, sie verteuern demnach die Gesehungskosten der vegetabilischen Rohstoffe. Freilich trifft diese Verteuerung keineswegs gleichmäßig alle Gebiete und alle Betriebe. Vielmehr sind gerade diese Aufwendungen je nach dem Kulturalter der Böden äußerst verschieden. Bei relativ noch jungfräulichen Böden spielen diese Aufwendungen eine geringe Rolle, während sie auf Böden mit altem intensiven Anbau ganz gewaltig ins Gewicht fallen können.

Ganz ähnlich wie in der Landwirtschaft liegen die Verhältnisse bei der Viehzucht. Auch hier kann von einem riesenhaften Anwachsen der Produktivität nicht die Rede sein. Die Fortschritte der modernen Viehzucht sollen gewiß nicht verkannt werden, aber weder hat die natürliche Produktivkraft des Viehs in einer überraschenden Weise zugenommen, noch kann die Viehhaltung unter einer gegen früher besonders auffälligen Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft betrieben werden. Der Viehstand hat sich natürlich entsprechend der starken Zunahme der Bevölkerung gleichfalls überaus kräftig vermehrt, aber auch hier erblicken wir nirgends eine Zunahme, die den Ausdruck des riesenhaften Wachstums der Produktivität der menschlichen Arbeit rechtfertigen würde. Die Arbeit ersparende Maschine spielt weder in der Landwirtschaft noch in der Viehzucht jenen starken Einfluß wie in der Weiterverarbeitung und vor allem in der Warenverteilung.

Weiß so die Steigerung der natürlichen Produktivität kein übermäßiges Anwachsen auf, so liegen die Dinge bei der Gewinnung

von anorganischen Rohstoffen, also von Kohlen, Erzen, Steinen, Erden usw., also bei den Stoffen, die in oder unter der Erde vorhanden sind und durch menschliche Arbeit für wirtschaftliche Zwecke angeeignet werden müssen, ganz anders. Daß hier nicht Produktivität in Frage kommen kann, habe ich schon oben auseinandergesetzt. Hier handelt es sich vielmehr um einfache Uneignung. Wenn wir von Produktion bei diesen Gütern sprechen, so handelt es sich eben um die Gewinnung dieser Güter. Nun ist gar kein Zweifel, daß die Gewinnung dieser Güter im Laufe des letzten Jahrhunderts ganz gewaltig, ja man kann hier ruhig sagen, riesenhaft gewachsen ist. Das Ansteigen der geförderten Mengen, namentlich von Kohlen und Erzen zeigt uns, wie stark sich der Produktionsapparat der menschlichen Wirtschaft im 19. Jahrhundert gegen früher verändert hat. Es ist gar kein Zweifel, daß der starke Verbrauch von Kohlen, Eisen und Metallen auf die technischen Umwälzungen innerhalb der vielen Gebiete der Warengewinnung und Herstellung, vor allem aber auch auf dem Gebiete der Warenverteilung zurückzuführen ist. Die Einführung der Dampfkraft an Stelle von Menschen- und Tierkraft hat bewirkt, daß Kraftleistungen vollführt werden können, an deren Lösung man vorher sich hatte gar nicht wagen können. Es wurde nicht nur Menschen- und Tierkraft ersetzt, sondern es wurden massenhafte, neue elementare Kräfte gewonnen, die vorher in dieser Zusammenfassung gar nicht verfügbar gewesen wären. Verwendung fanden diese Kräfte in steigendem Maße im Verkehrswesen, in der Gewinnung von Kohle und Erzen, dann aber vor allem auch in vielen Zweigen der Weiterverarbeitung, vor allem in den ersten Stadien der Verarbeitung von Rohstoffen zu Halbfabrikaten. Dieser wachsende Bedarf an elementarer Kraft und in Verbindung damit an Trieb- und Arbeitsmaschinen führte zu einem gewaltigen Anschwellen der Förderung von Kohle und Erzen. Und bei diesen Förderungsarbeiten spielt der moderne Großbetrieb eine überragende, zum Teil ausschlaggebende Rolle. Aber diese Vermehrung der Förderung von Kohlen und Erzen kommt erst indirekt den Konsumenten zugute. Die moderne Entwicklung des Produktionsapparates und seines Betriebes schuf nicht gerade, aber brachte den Bergbau, die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie erst zur vollen Entfaltung. Und wenn wir auf der einen Seite die er-

höhte Leistungsfähigkeit der modernen Technik bewundern und ihre Wirtschaftlichkeit preisen, so darf man doch nicht übersehen, daß diese Leistungen auch hohe Kosten verursachen, indem eben die genannten Industriezweige in ihrer starken Ausdehnung unterhalten werden müssen. Selbstverständlich wird dadurch die erhöhte Leistungsfähigkeit der modernen Technik gegenüber dem früheren handwerksmäßigen Verfahren nicht paralysiert, aber doch gegenüber einer zu hohen Einschätzung erheblich modifiziert.

Sehen wir weiter zu, wie sich die Produktion in der Weiterverarbeitung bis hinunter zur Fertigungsindustrie der Menge nach gestaltet hat. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Weiterverarbeitung auf die von der Natur gelieferten Rohstoffe angewiesen ist, daß deren Umfang bis zu einem gewissen Grade beeinflusst, daß aber im großen und ganzen der jeweilige Umfang nicht beliebig vermehrt werden kann. Da nun ein Teil der Rohstoffe, soweit sie bloß angeeignet werden, sehr stark vermehrbar ist und auch sehr stark vermehrt worden ist, während die Rohstoffe, die einem periodischen Wachstumsprozeß unterliegen, nicht überreichlich im Verhältnis zum Anwachsen der Bevölkerung zugenommen haben, so ergibt sich zwar eine sehr starke absolute Zunahme der Rohstoffmengen überhaupt, relativ betrachtet aber hat die Gesamtheit der Rohstoffmengen nicht entfernt so zugenommen, daß man von einem riesenhaften Anwachsen sprechen könnte. Nun kann allerdings die heutige Rohstoffmenge mittels des heutigen Produktionsapparates zum Teil ganz anders verarbeitet werden als mittels der früheren Verfahren. Die Zahl der Waren hat sich unglaublich vermehrt, die Menge der hergestellten Waren hat sich auch, gegen früher betrachtet, vervielfacht. Das ist ja auch gar nicht anders zu erwarten. Viele Waren wurden unter starker Ersparnis von menschlicher Arbeitskraft hergestellt, menschliche Arbeitskräfte wurden frei, konnten für andere Zwecke verwendet werden, was um so eher möglich war, als gerade für gewerbliche Artikel die Preise oft sehr stark zurückgingen, so daß breite Konsumentenschichten sich an eine neue, oft billigere Befriedigung mancher Bedürfnisse rasch gewöhnten. Die Ersparnis von Arbeitskräften auf der einen Seite machte es auf der anderen Seite möglich, daß neue Arbeitsgelegenheiten sich fanden, nach denen

die freigewordenen Arbeitskräfte hinstrebten. Gewiß werden heute aus der gegebenen Menge Rohstoffe viel mehr Waren hergestellt, der Reichtum an gewerblichen Erzeugnissen ist größer, vor allem was die Bekleidung, die Wohnungseinrichtung usw. betrifft, aber bei all diesem Reichtum ist zu bedenken, daß er ganz und gar von den Rohstoffmengen abhängig ist und daß speziell die Warenmengen, die für die Ernährung und zum Teil für die Bekleidung in Frage kommen, trotz der reichhaltigsten Verarbeitung nicht in dem Maße vorhanden sind, daß man sie gewissermaßen im Überfluß hätte. Vielmehr ist gerade auf diesem wichtigsten Gebiete eine zum Teil noch recht unzureichende Versorgung zu beobachten. Das ist besonders wichtig zu konstatieren. Denn es zeigt ganz besonders deutlich, daß zwar in der Verarbeitung des Rohstoffes zu Waren sehr große Fortschritte gemacht worden sind, daß aber die Gewinnung der vegetabilischen und animalischen Rohstoffe keineswegs in dem Grade gewachsen ist, wie es nötig gewesen wäre, um von einem riesenhaften Wachstum der Produktivität reden zu können.

Ich darf diesen Abschnitt nicht schließen, ohne noch einen Blick auf die Warenverteilung zu werfen. Denn auf keinem Gebiete hat die Verwendung motorischer Kraft, vor allem der Dampfkraft, solche Umwälzungen hervorgerufen wie im Verkehrswesen. Die Dampfschifffahrt und die Eisenbahnen haben Leistungen zuwege gebracht, die vorher ganz und gar unmöglich gewesen waren. Gerade hier sind nicht etwa nur Tier- und Menschenkräfte erspart worden; diese Ersparnis spielt vielmehr gar keine Rolle neben dem Umstand, daß die elementaren Kräfte in einem Umfang für den Verkehr von Menschen und Gütern in Anspruch genommen werden konnten, wodurch unerhörte Leistungen möglich wurden, die entferntesten Markt- und Produktionsgebiete einander näher gerückt, und ein Verkehr von Menschen und Waren in riesenhaften Dimensionen entwickelt wurde. Aber auch diese Leistungen der menschlichen Arbeit können wir nicht produktiv im Sinne von hervorbringend, erzeugend, fruchtbar bezeichnen, so wichtig und grundlegend sie auch für die weitere Gestaltung der menschlichen Wirtschaft waren. Denn die Durchbrechung der räumlichen Schranken durch die modernen Verkehrsmittel schuf erst große Marktgebiete, machte erst einen Weltmarkt im heutigen Sinne möglich, für dessen

Funktionieren auch der Telegraph und das Telephon nicht weniger wichtig sind als die Lokomotive und das Dampfschiff.

So ist also die Bezeichnung produktiv für die menschliche Arbeit abzulehnen. Wir brauchen je nach dem Arbeitsverfahren mehr oder weniger menschliche Arbeitskraft zur Herstellung einer Ware oder zur Gewinnung eines Rohstoffes. Dieses Mehr oder Weniger ist selbstverständlich von höchster Bedeutung für die menschliche Wirtschaft. Aber darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß die Produktivkraft der Natur in erster Linie die Quelle ist, auf der die menschliche Wirtschaft basiert.

## Der Untergang des Kleinbetriebs

Nach dem sozialdemokratischen Programm muß der Kleinbetrieb, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet, mit Naturnotwendigkeit untergehen. Ist diese Formulierung richtig? Muß der Kleinbetrieb mit Naturnotwendigkeit untergehen? Weil in vielen Zweigen der Warenherstellung und in der Verteilung der Kleinbetrieb verdrängt worden ist, glaubte man, daß dieser Prozeß der Verdrängung unaufhaltsam sei, und man verallgemeinerte Erscheinungen, die in der Tat als Schulbeispiele für die Notwendigkeit des Unterganges der Kleinbetriebe angesprochen werden konnten. Die Überlegenheit des Großbetriebes in einer ganzen Reihe von Gewerben war so augenfällig, die Zurückdrängung des Kleinbetriebes so unerbittlich, daß man leicht zu dem Schlusse kommen konnte, die Kleinbetriebsform habe sich völlig überlebt, über kurz oder lang sei sie für den Untergang reif.

Überblicken wir aber die heutige Ausbreitung der Betriebsformen, so sehen wir neben dem Großbetrieb, der sich zweifellos am kräftigsten entwickelt hat, die Mittelbetriebe und Kleinbetriebe noch in solcher Masse vor uns, daß gar nicht abzusehen ist, wie und wann diese verdrängt und aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet sein sollen. Es ist eben eine falsche Vorstellung, zu glauben, daß der Großbetrieb überall, wo Arbeit verrichtet wird, in Frage kommen könnte. Im Gegenteil, es gibt für die Ausbreitung und Verallgemeinerung des Großbetriebes sowohl technische Hindernisse als auch kaufmännische Schranken. Charakteristisch für den modernen Großbetrieb sind die durch elementare Kraft in Bewegung gesetzten Arbeitsmaschinen. Die Arbeitsmaschine ersetzt die Berrichtungen einer großen Anzahl von menschlichen Händen. Eine Arbeitsmaschine leistet daher die Arbeit von so und so viel Personen. Nun kann aber die Arbeitsmaschine nicht in allen Stätten der Warenherstellung Eingang finden. Es sind bestimmte Voraussetzungen notwendig, von denen die Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit der Anwendung der Arbeitsmaschinen abhängig sind. Zunächst muß technisch der Arbeitsprozeß mecha-

nisiert werden können. Das ist durchweg nicht bei allen Berichtigungen der menschlichen Hand durchzuführen. Aber abgesehen von der Unzulänglichkeit der Technik verbietet sich die weitgehende Mechanisierung der menschlichen Arbeit aus rein wirtschaftlichen Gründen. Der moderne Großbetrieb bedarf eines großen Marktes, wenn er rentabel sein soll. Die Siedlungsweise der Menschen hat aber mit lokalen Marktgebieten von so geringem Umfange zu rechnen, daß für Betriebe, die den örtlichen Bedarf kleiner Marktgebiete zu befriedigen haben, die Großunternehmung gar nicht in Frage kommen kann. Weiter aber findet die Kleinherrschaft des Großbetriebes überall dort eine nicht zu übersteigende Grenze, wo die Waren den verschiedenen Konsumentenschichten entsprechend stark spezialisiert und oft individuell den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt werden müssen, also vor allem in großen Teilen der Fertigwarenherstellung, wo entweder die Herstellung der Waren sich äußerst stark zersplittert oder mit Rücksicht auf die Verschiedenheiten des Publikums eine massenhafte Herstellung ausgeschlossen ist.

Schon längst müssen die Sozialisten die Beobachtung machen, daß besonders in der Landwirtschaft von einem Untergang der Kleinbetriebe ganz und gar nicht die Rede sein kann. Wir sehen hier Kleinbetriebe, mittlere Betriebe und große Betriebe nebeneinander bestehen. Es zeigt sich nirgends eine ähnliche Entwicklung wie in manchen gewerblichen Produktionszweigen, in denen der Großbetrieb durch seine technische und kaufmännische Überlegenheit die mittleren und vor allem die kleinen Betriebe existenzunfähig gemacht hat. Wäre die Überlegenheit des Großbetriebes in der Landwirtschaft so durchschlagend wie dort, wo Fabrik und handwerksmäßiger Betrieb miteinander in Wettbewerb treten, so müßte der Kleinbetrieb schon längst auf dem Aussterbeetat stehen. Das ist aber nicht der Fall und kann bei der Natur des Arbeitsprozesses in der Landwirtschaft nicht gut der Fall sein. Der Großbetrieb ist dem Kleinbetrieb nur dort überlegen, wo die Herstellungskosten einer Einheit Ware in ersterem erheblich niedriger sind als in letzterem. Wo z. B. Fabrik und Handwerk einander gegenüberstehen, wird die Fabrik, die mit Motor und Arbeitsmaschinen ihre Waren herstellt, dem Handwerk überlegen sein. Die Überlegenheit der

Fabrik resultiert hier aus einer technischen Umwälzung: die von einer elementaren Kraftquelle angetriebenen Arbeitsmaschinen erhöhen die Leistungsfähigkeit des Betriebes unter Ersparung von menschlicher Arbeitskraft ganz wesentlich. Wo diese Umwälzung erfolgt ist und wo sie erfolgen kann, da stellt sich bei entsprechenden Marktverhältnissen die Überlegenheit des Großbetriebes so unzweideutig heraus, daß der Kleinbetrieb unterliegen muß. Aber nicht nur sind diese technischen Umwälzungen nicht unbeschränkt, sie lassen sich auch nicht immer so durchführen, daß der Großbetrieb zur wirtschaftlich einzig rentablen Betriebsform würde. Ganz besonders trifft dies auf die Landwirtschaft zu.

Gewiß haben auch in der Landwirtschaft technische Neuerungen Eingang gefunden, sie haben aber keine solche Wirkung auszuüben vermocht, daß in ähnlicher Weise wie in manchen Gewerben der Großbetrieb den Kleinbetrieb verdrängt hätte. Man wird man einwenden, daß der Entwicklung zum Großbetrieb in der Landwirtschaft viel stärkere Hemmnisse entgegenstehen als im Gewerbe. Hier entwickelt sich der Großbetrieb unabhängig von der großen Zahl der bisherigen Kleinbetriebe gewissermaßen aus sich selbst heraus, während in der Landwirtschaft die Vergrößerung des Betriebes nur erfolgen kann durch Auklauf und Angliederung von Grund und Boden, der bisher den Inhabern von mittleren und kleinen Betrieben gehörte. Es müssen also in ganz anderer Weise Mittel aufgewendet werden, um den nötigen Grund und Boden für eine Großbetriebsfläche zu erhalten, Mittel, die für die Fabrik wegfallen, da sie ja die Produktionsmittel der Kleinbetriebe gar nicht nötig hat. Das ist wohl ein Moment, das die Entwicklung zum Großbetrieb in der Landwirtschaft erschwert, aber ausschlaggebend ist es nicht. Man kann vielmehr aus ihm nur entnehmen, daß die teilweise Überlegenheit des Großbetriebes nicht erheblich genug ist, um die Wirtschaftlichkeit der mittleren und kleineren Betriebe gefährden zu können. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebsform in der Landwirtschaft hängt eben in weit geringerem Grade von der technischen Verfassung des Betriebes ab als wie in der Weiterverarbeitung. Für das Ertragnis in der Landwirtschaft ist in letzter Linie die Produktivkraft der Natur ausschlaggebend, die durch das Arbeitsverfahren,

durch den technischen Apparat wohl beeinflusst, aber nicht bestimmt werden kann. Wenn Wind und Wetter das Wachstum beeinträchtigen, so kann der Großbetrieb ebensowenig dagegen etwas ausrichten wie der Kleinbetrieb, vielmehr läuft der Großbetrieb unter Umständen ein größeres Risiko als der kleine Betrieb. Wie ganz anders liegen die Verhältnisse im Gewerbe! Hier ist der Umfang der Produktion nicht von ungewissen Faktoren, sondern in hohem Maße von dem Willen und der Vorausbestimmung der Menschen abhängig. Hier kann darum auch die Überlegenheit des Großbetriebes deutlich in die Erscheinung treten. Hier bestimmt gewissermaßen der maschinelle Apparat den Umfang und Verlauf des gesamten Herstellungsprozesses, während in der Landwirtschaft der Grund und Boden sowie dessen Produktivkraft ausschlaggebend ist.

In der Landwirtschaft kann übrigens auch der Arbeitsprozeß gar nicht mechanisiert werden wie in manchen Zweigen der Weiterverarbeitung. Die Arbeiten sind hier und besonders in der Viehzucht so individuell, daß an eine Mechanisierung gar nicht gedacht werden kann. Wenn auch die Anwendung von Maschinen zu einer ziemlichen Ersparung von menschlicher Arbeitskraft führen kann und schon geführt hat, so ist doch die Bedeutung der Arbeitsmaschine nicht ausschlaggebend wie im typischen gewerblichen Großbetrieb. Aus diesen hier kurz angeführten Gründen ergibt sich, daß in der Landwirtschaft die Großbetriebsform nicht dem mittleren und kleinen Betrieb so überlegen ist, um die letzteren unwirtschaftlich oder gar existenzunfähig zu machen. Der Arbeiter wird hier also nicht von seinem Produktionsmittel, von Grund und Boden getrennt, vielmehr bildet das Privateigentum des Arbeiters an seinem Produktionsmittel nach wie vor die Grundlage des mittleren und kleinen Betriebs. Der große, mittlere und kleine Betrieb bestehen nebeneinander, der Kleinbetrieb ist existenzfähig, ja unter Umständen sogar leistungsfähiger als der große Betrieb. So liegen die Verhältnisse für heute. Wie es künftig einmal werden wird, darüber können wir nichts wissen, wir können auch für die zukünftige Entwicklung keine Tendenz behaupten. Wir haben bei der Bestimmung einer Wirtschaftspolitik der Arbeiter von der Basis der realen Gegenwart auszugehen und nicht von Annahmen, die

wissenschaftlich sich nicht begründen lassen. So kommen wir zu dem Schlusse, daß die bäuerliche Bevölkerung eine Produzentenschicht ist, für die die im sozialdemokratischen Programm statuierte Tendenz der Proletarisierung durch Trennung des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln zurzeit noch nicht bemerkbar ist.

Ein Einwand soll hier noch kurz zurückgewiesen werden. Es wird oft so dargestellt, als ob die Lebensfähigkeit der bäuerlichen Betriebe nur durch die Zollpolitik gewährleistet würde. Die Kleinbetriebe und die mittleren Betriebe wären schon längst wie in England dezimiert, wenn wir keine landwirtschaftlichen Schutzzölle hätten. Das ist allerdings ohne weiteres zuzugeben, hat aber mit der Frage der Überlegenheit des Großbetriebes in dem von uns behandelten Sinne nichts zu schaffen. Wäre der Großbetrieb die wirtschaftlich stark überlegene Betriebsform, so müßte er seine Überlegenheit doch erst recht unter dem Schutzollsystem zeigen, denn daß den Großbetrieben der Schutzoll mindestens den nämlichen Nutzen bringt wie den mittleren und kleinen Betrieben, das dürfte wohl kaum bestritten werden. Es müßte also, wenn die Großbetriebsform wirklich so sehr überlegen wäre, gerade in der Zeit der Schutzollära eine starke Verdrängung der bäuerlichen Bevölkerung stattgefunden haben. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen in diesem Zusammenhang die zollpolitischen Fragen kaum eine nennenswerte Rolle für die Frage der Wirtschaftlichkeit und Existenzfähigkeit des Kleinbetriebes spielen können.

Zu der Gewinnung organischer Rohstoffe gehören vor allem noch die Fischerei, die Jagd, die Gärtnerei und die Forstwirtschaft. Die Jagd können wir beiseite lassen. In der Fischerei und Gärtnerei sind die Kleinbetriebe noch in sehr großer Zahl vorhanden, und die Bedingungen liegen hier so, daß an eine absehbare Verdrängung durch den Großbetrieb nicht zu denken ist. Das örtliche Gewinnungs- oder Marktgebiet schließt die Entwicklung von Großbetrieben in hohem Maße aus, und auch das Gewinnungsverfahren ist nicht so geartet, daß eine technische Überlegenheit des Großbetriebes die mittleren und kleinen Betriebe ausschalten könnte. Bei dem Betriebe der Forstwirtschaft liegen die Verhältnisse anders. Hier kann aus Gründen, die hier nicht näher ausgeführt werden können, der kleine und mittlere Betrieb

überhaupt nicht in Frage kommen; hier hat sich der Großbetrieb schon längst aus den eigenartigen Verhältnissen der Forstkultur als einzig mögliche Betriebsform herausgebildet, und hier sind es neben Genossenschaften und einzelnen Privatwirtschaften vornehmlich die öffentlichen Organisationen (Gemeinden, Provinzen, Staaten), die die Forstwirtschaft im großen betreiben.

Das ganze große Gebiet der Gewinnung von organischen Rohstoffen stellt dem Großbetrieb als der einzig möglichen Betriebsform unüberwindbare Hindernisse entgegen, die durch alle möglichen technischen Fortschritte nicht beseitigt werden können. Damit fällt aber die Behauptung, daß der Untergang des Kleinbetriebes sich mit Notwendigkeit vollziehen müsse. Auch der Sozialismus hat daher auf dem Gebiet der Gewinnung organischer Rohstoffe mit Kleinbetrieben zu rechnen, deren Grundlage das Privateigentum der Arbeiter an ihren Produktionsmitteln bildet. Und da die Schichte der bäuerlichen Bevölkerung eine recht breite ist, da hier die Produktionsmittel eine nicht geringe Quote des Kapitalbesitzes repräsentieren, so sind für diese Kreise andere wirtschaftspolitische Maximen aufzustellen als die des sozialdemokratischen Programms, die mit dem sicheren Untergang dieser breiten Schichte von Kleinbetrieben rechnen.

Ich komme nunmehr zu den Betriebsformen auf dem Gebiete der Gewinnung von anorganischen Rohstoffen. Hier liegen die Dinge ganz anders als dort, wo es sich um organische Rohstoffe handelt. Hier kann man wohl sagen, daß neben dem Verkehrswesen die Großbetriebsform ihre unangefochtene Domäne hat, nicht in allen Teilen dieses Gebietes, doch in den wichtigsten und umfangreichsten. Vor allem gilt dies vom Bergbau, den wir in Kohlenbergbau und Erzbergbau trennen wollen. Daß für den Kohlenbergbau der Großbetrieb so gut wie ausschließlich in Betracht kommt, darüber brauchen wir erst keine weiteren Ausführungen zu machen. Die Statistik belehrt uns darüber, und die ganze Natur des Arbeitsprozesses ist derart, daß kleine Betriebe gar nicht in Frage kommen können. Man achte darauf, daß gerade bei der Gewinnung von anorganischen Rohstoffen die Bewegung großer Massen eine ausschlaggebende Rolle spielt, und daß diese Arbeit von elementaren Kräften und Transportanlagen besonders wirtschaftlich erfolgen

kann, daß ohne die Zuhilfenahme gewaltiger elementarer Kräfte die Förderungsleistungen der Kohlenbergwerke ein Ding der Unmöglichkeit wären. Das Herankommen an die im Innern der Erde liegenden Schätze, sowie die Beförderung nach außen, die Wasserhaltung, die Beeinflussung der Luftverhältnisse sind nur unter Anwendung großer leistungsfähiger maschineller Anlagen möglich, es sind gewissermaßen erst Vorarbeiten für die eigentliche Gewinnung der Kohle. Das Losbrechen dieser erfolgt durch die menschliche Arbeitskraft, die heute auch schon mehr und mehr durch Arbeitsmaschinen oder durch erhöht leistungsfähige Werkzeuge unterstützt wird. Die gewonnenen Produkte müssen dann an das Tageslicht befördert werden, und hier spielen wieder die leistungsfähigen maschinellen Transportanlagen eine hervorragende Rolle. Wenn wir den ganzen Arbeitsprozeß übersehen, so gewinnen wir den Eindruck, daß es vor allem die Transportleistungen (Menschen, Wasser, Luft, Kohle) sind, die von elementarer Kraft, die Transportanlagen in Bewegung setzen, ausgeführt die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit im Großbetrieb so erhöhen, daß im Vergleich damit der Kleinbetrieb gar nicht in Frage kommen kann. Vom Erzbergbau gilt diese Überlegenheit des Großbetriebes nicht in gleichem Umfang. Freilich auch hier steht die Großbetriebsform weitaus an der Spitze aller Unternehmungen, doch führen wirtschaftliche Gründe, die sich aus Schwankungen des Erzgehalts oder aus starken Schwankungen der Marktpreise ergeben, doch manchmal dazu, daß die Unternehmungen noch als mittlere Betriebe wirtschaftlich am besten geführt werden. Kleinbetriebe gehören allerdings hier zu den Ausnahmen oder bilden Besonderheiten, die nicht von erheblicher Bedeutung sind. Auf den übrigen Gebieten der Gewinnung von anorganischen Rohstoffen, so in der Gewinnung der Steine und Erden, ist der Großbetrieb oft aus technischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil das Marktgebiet klein und eine weitere Verfrachtung zu allzu hohen Preisen führen würde, nicht durchweg als der einzig wirtschaftliche zu bezeichnen. Wir finden neben ihm eine starke Schichte mittlerer und kleiner Betriebe, die meist existenzfähig sind, namentlich dort, wo es sich um kleinere Marktgebiete handelt. Im allgemeinen kann man aber sagen, daß bei der Gewinnung der anorganischen Rohstoffe der Großbetrieb

die erste, vielfach die ausschlaggebende Rolle spielt, der mittlere Betrieb stark zurückgedrängt ist und der kleine Betrieb nur dort als wirtschaftlich in Frage kommen kann, wo mit Rücksicht auf das Absatzgebiet der mittlere und noch weniger der Großbetrieb in Frage kommen kann.

Betrachten wir nunmehr das äußerst reichhaltige Gebiet der Weiterverarbeitung, so sehen wir hier eine ungemein starke Differenzierung. Es ist gar nicht möglich, hier das ganze Gebiet so vollständig zu beleuchten, wie es eigentlich erforderlich wäre. Es muß uns genügen, diejenigen charakteristischen Erscheinungen hervorzuheben, die uns zeigen, daß die Behauptung, der Kleinbetrieb müsse mit Naturnotwendigkeit untergehen, durchaus irrig und haltlos ist. Im allgemeinen kann man sagen, daß der Großbetrieb hauptsächlich dort in Frage kommt, wo große Massen von Rohstoff einem bestimmten Verfahren unterliegen müssen, wo die Beförderung von schweren Rohstoffmengen eine große Rolle spielt, oder aber wo der Arbeitsprozeß so gestaltet ist, daß er ganz und gar mechanisiert werden kann.

Betrachten wir die verschiedenen Gebiete nach den Bedürfnissen, die sie in der Hauptsache zu befriedigen haben. Da haben wir zunächst das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Es ist gar kein Zweifel, daß in der Bäckerei und Schlächtereier der kleine Betrieb noch vorherrscht. Zu einem großen Teil ist dies schon dadurch bedingt, daß beide Gewerbe lokaler Natur sind. In kleinen Orten läßt sich der Großbetrieb eben nicht durchführen. Aber auch in Orten mit einem großen Markt setzt sich der Großbetrieb nicht in der Weise durch, daß die mittleren und kleinen Betriebe fallen müßten oder würden. Selbst in Großstädten spielt hier der Großbetrieb immer noch eine bescheidene Rolle. Gewiß hat der Schlächtereibetrieb gegen früher insofern eine starke Umwälzung erfahren, als nicht mehr der einzelne Schlächter schlachtet, sondern dies durch Großschlächter im Schlachthofe besorgt wird. Aber das Ausschauen der Ware für die Konsumenten besorgt der kleine Schlächtermeister, und zwar mit einem solchen Geschick, daß gegen ihn ein nicht auf seinen Vorteil angewiesener Verkäufer gar nicht in Konkurrenz treten kann. Vielleicht daß hier einmal die Konsumvereine neue Bahnen einzuschlagen vermögen, vorläufig ist die Wirtschaftlich-

keit des auf seinen Vorteil bedachten Kleinschlächters dem Verkauf in Großbetrieben noch als überlegen zu bezeichnen. Auch in der Bäckerei setzt sich der Großbetrieb nur ganz vereinzelt in großen Städten durch. Seine Überlegenheit ist nicht von der Art, daß mittlere und kleine Betriebe unter allen Umständen weichen müßten. Schon die Rücksicht auf den individuellen Geschmack und die Bequemlichkeit der Konsumenten begünstigt den Kleinbetrieb selbst an Plätzen mit großem Markt in hohem Maße. Anders liegen die Verhältnisse wieder in der Zuckergewinnung und in der Brauerei. Hier ist der Großbetrieb aus einer Reihe von Gründen überlegen und hat sich entweder schon durchgesetzt oder setzt sich immer mehr durch. In Tabakgewerbe liegen die Verhältnisse eigenartig; hier sind Großbetriebe aus kaufmännischen Gesichtspunkten überlegen, obwohl eine technische Überlegenheit im Arbeitsverfahren nicht gegeben ist.

Im Textil- und Bekleidungs-gewerbe spielt der Kleinbetrieb gleichfalls noch eine sehr beachtenswerte Rolle. Wohl läßt sich nicht leugnen, daß die Spinnerei und Weberei fast ausschließlich eine Domäne des Großbetriebes ist, aber doch existieren auch hier neben den Großbetrieben zum mindesten noch leistungsfähige und wirtschaftlich ergiebige mittlere Betriebe in großer Anzahl. Je mehr aber das Halbfabrikat sich dem Fertigerzeugnis nähert, desto mehr zersplittert sich die Herstellung je nach den verschiedenen Bedürfnissen und hier wieder nach dem Geschmack des fast unübersichtlichen Publikums. Der Großbetrieb ist hier nicht mehr Herr der Situation, sondern muß dem mittleren und kleinen Betriebe weichen. Man schaue sich doch das Bekleidungs-gewerbe in seiner bunten Mannigfaltigkeit an. Gewiß hat auch hier der kaufmännische Großbetrieb manche Fortschritte an großen Plätzen aufzuweisen, aber gegen den Kleinbetrieb vermag er nicht aufzukommen. Es ist auch noch zu berücksichtigen, daß die Massenarbeit im Bekleidungs-gewerbe einfach auf dem Umstand basiert, daß es der Masse der Bevölkerung nicht möglich ist, individuelle Maßarbeit sich zu leisten, daß aber doch diese Maßarbeit kulturell wünschenswert ist. Und damit erschließt sich für den individuell arbeitenden kleinen und mittleren Betrieb ein weites Feld der Betätigung. Gerade im Bekleidungs-gewerbe ist schwer abzusehen, wie die Herstellung der Fertig-

waren, die dem einzelnen Menschen angepasst sein müssen, durch Großbetriebe erfolgen sollte. Hier ist nicht eine rein technische oder kaufmännische Überlegenheit für die Betriebsform ausschlaggebend, sondern die persönliche Lichtigkeit einzelner Personen. Man kann Garn im Großbetriebe herstellen, aber nicht ein Kleid, das für eine bestimmte Person zu einem bestimmten Zweck angefertigt werden muß. Für Schuhwerk allerdings ist im allgemeinen die Überlegenheit des Großbetriebes sichergestellt. Die Masarbeit ist bis auf einen kleinen Rest zurückgedrängt. Ob das freilich immer so bleiben wird?

Im Baugewerbe findet der Kleinbetrieb noch ein weites Feld für seine Betätigung. Zu einem großen Teil resultiert dies daraus, daß das Baugewerbe örtlich gebunden ist, in kleinen Städten und Landgemeinden eine Existenzmöglichkeit für den Großbetrieb überhaupt nicht gegeben ist. Aber auch das Arbeitsverfahren ist im Großbetrieb technisch nicht erheblich überlegen, so daß der mittlere und kleine Betrieb wohl existenzfähig ist. Auch viele vom Baugewerbe alimentierte Gewerbe weisen eine noch dichte Besetzung mit Kleinbetrieben auf, während andere allerdings den Kleinbetrieb schon stark oder auch ganz verdrängt haben. Es sei z. B. an die Zementfabrikation erinnert, wo der Großbetrieb dominiert, während in der Ziegelei die mittleren und kleinen Betriebe keineswegs schon ausgespielt haben. Wir wissen zwar nicht, welche Bahnen die künftige Entwicklung einschlägt, aber gerade deswegen müssen wir uns davor hüten, eine Entwicklung als naturnotwendig zu behaupten, solange die Voraussetzungen dieser Entwicklung eben noch nicht gegeben sind. Auch im Holzgewerbe haben wir noch sehr stark mit mittleren und kleinen Betrieben zu rechnen, und gerade hier haben wir Verhältnisse vor uns, die gar nicht so liegen, als ob in absehbarer Zeit der Kleinbetrieb ausgeschaltet und existenzunfähig gemacht würde. Vielfach zeigt sich auch, daß der Großbetrieb Konjunkturschwankungen viel schwerer übersteht als mittlere und kleine Betriebe. Endlich dürfte auch für dieses Gewerbe die Größe des Marktgebietes vielfach für die Wirtschaftlichkeit der Betriebsform bestimmend sein. In kleinen Orten ist der mittlere und kleine Betrieb durch den Großbetrieb vielfach nicht zu ersetzen, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Fabrikation vieler Artikel in Großbetrieben schon konzen-

triert ist. Aber das verhindert nicht, daß neben diesen Großbetrieben die mittleren und kleinen Betriebe über hinreichende Arbeitsgelegenheit verfügen, falls nicht die kleinen Betriebe selbst sich gegenseitig zu starke Konkurrenz machen.

† Von den verbleibenden Gewerben der Weiterverarbeitung sind vor allem noch das vielverzweigte Metallgewerbe, das Eisengewerbe und die Maschinenindustrie zu besprechen. Im Eisengewerbe herrscht dort, wo es sich um die Hüttenindustrie und die Verarbeitung des Eisens zu Halbfabrikaten handelt, die Großbetriebsform. Bei der weiteren Verarbeitung zu Fertigerzeugnissen läßt die Vorherrschaft des Großbetriebes nach, und wir finden breite Schichten von Mittel- und Kleinbetrieben. Hier spielen auch wieder die Kleinbetriebe eine Rolle, die durch die Größe des Marktgebietes bedingt sind. Im Metallgewerbe überwiegen vielleicht die mittleren und kleinen Betriebe noch mehr. In der Maschinenindustrie zeigt sich wieder eine stärkere Verbreitung der Großbetriebe, aber daneben spielt auch der mittlere, ganz verschwindend freilich der Kleinbetrieb, eine Rolle.

So sehen wir insgesamt in der Weiterverarbeitung, daß der Großbetrieb keineswegs die dominierende und alle mittleren und kleineren Betriebe verdrängende Stellung einnimmt. Man hat auf Grund einzelner typischer Erscheinungen zu rasch den Entwicklungsprozeß verallgemeinert. Man muß aber heute erkennen, daß der Großbetrieb keineswegs allüberall die einzig mögliche oder gar die einzig wirtschaftliche Betriebsform wäre. Es hat also noch breite Schichten von Arbeitern, von denen das noch heute zutrifft, was das sozialdemokratische Programm sagt: das Privateigentum an Produktionsmitteln bildet die Grundlage ihres Betriebes. Dieses Privateigentum ist ihnen bisher noch nicht entzogen worden, und es liegen auch keine triftigen Gründe vor, die zu der Behauptung führen müßten, daß ihnen dieses Eigentum an den Produktionsmitteln naturnotwendigerweise entzogen werde. Diese Behauptung über die zukünftige Entwicklung läßt sich wissenschaftlich nicht begründen, es ist eine Hypothese, die heute als überwunden bezeichnet werden muß.

Hier sei noch kurz einem Mißverständnis vorgebeugt. Schon bei der Besprechung der Verhältnisse in der Landwirtschaft ist darauf hin-

gewiesen worden, daß technische Neuerungen, besonders auch soweit sie sich auf die Einführung von Motor und Arbeitsmaschine in den Arbeitsprozeß beziehen, eine zunehmend wichtige Rolle spielen, daß sie aber für die Größe der Betriebsform nicht ausschlaggebend sind oder ausschlaggebend zu sein brauchen. Die Vorteile solcher Neuerungen macht sich der mittlere und kleine Betrieb in der Warenherstellung, besonders auch im Handwerk, ebenfalls zu Nutzen. Aber hier wirkt die motorische Kraft samt Arbeitsmaschinen im Produktionsprozeß unterstützend, nicht ausschlaggebend, teils aus technischen Gründen, da das Arbeitsverfahren nicht völlig mechanisiert werden kann, teils aus kaufmännischen Gründen, weil das Marktgebiet zu klein ist und die Besonderheit der Ware den Transport auf größere Entfernungen hin nicht verträgt. So nimmt also auch der mittlere und kleine Betrieb an den technischen Neuerungen mit wirtschaftlichem Nutzen Teil und festigt so seine Widerstandskraft und fördert seine Leistungsfähigkeit. Das Nämliche gilt natürlich auch von den mittleren und kleinen Betrieben in der Warenverteilung.

Die Warenverteilung spaltet sich in das Verkehrswesen und in das Handelsgewerbe. Im Verkehrswesen hat die moderne Entwicklung eine ganz gewaltige Entfaltung des Großbetriebes gebracht. Man denke nur an die Eisenbahnen, die anders als in Großbetriebsform gar nicht denkbar sind. Aber trotz dieser überragenden Herrschaft des Großbetriebes sind die mittleren und kleinen Betriebe nicht gänzlich ausgeschaltet worden. Vielfach hat sogar das Eisenbahnwesen wieder eine örtliche Belebung der mittleren und kleinen Betriebsform gebracht. Wohl hat die Entwicklung den Warentransport per Fuhrwerk auf weite Entfernungen hin unmöglich gemacht, aber der örtliche Verkehr hat sich gerade infolge des Eisenbahnverkehrs gehoben, und die Zahl der kleineren und mittleren Unternehmungen im Transportgewerbe dürfte durch die Entwicklung der Eisenbahnen kaum beeinträchtigt worden sein. In der Schifffahrt allerdings ist die Entwicklung für die mittleren und kleinen Betriebe ungünstiger gewesen. Hier dominiert der Großbetrieb, nicht nur in der Seeschifffahrt, sondern auch in der Binnenschifffahrt. Die mittleren und gar die kleinen Betriebe kommen nicht zur Geltung.

Im Handelsgewerbe liegen die Verhältnisse so, daß der Großbetrieb und der mittlere Betrieb im Groß- und Zwischenhandel stark überwiegt, während der Kleinbetrieb um so mehr vorherrscht, je mehr der Handel an die Konsumenten herankommt und die Waren in kleinen und kleinsten Quantitäten verkauft. Hier spielen wieder die Siedungsverhältnisse eine stark bestimmende Rolle. In kleinen Orten ist das Marktgebiet für einen Großbetrieb an sich schon zu klein. Aber auch an großen Plätzen mit starken Konsumentenschichten steht neben dem Warenhaus und dem Konsumverein der Kleinbetrieb vielfach noch als ein recht beachtlicher Faktor da. Die Bequemlichkeit und der Geschmack des Publikums, auch die Eigenart der Ware begünstigt nicht nur den Kleinbetrieb, sondern macht ihn oft wirtschaftlicher als den Großbetrieb. So ist z. B. der Verkauf von Gemüse, Obst usw. durch den Kleinbetrieb die Regel, und es ist bezeichnend, daß gerade hier die Großbetriebsform bisher nicht mit Erfolg in Wettbewerb getreten ist. Nun soll gar nicht bestritten werden, daß in dieser Beziehung noch mancherlei Umwälzungen erfolgen werden, aber wir haben keinen ausreichenden Grund, dem Kleinbetriebe als solchem die Prognose auf einen baldigen sicheren Untergang stellen zu können. Mögen die Warenhäuser und die Konsumvereine noch so stark zunehmen, für den Kleinbetrieb wird immer noch ein Spielraum bleiben, sei es auch nur in gewissen Artikeln, für ein eng abgegrenztes Publikum und dann in kleinen und kleinsten Orten. Ebenfalls kann auch hier nicht gesagt werden, daß sich der Untergang gewissermaßen naturnotwendig vollziehe, es könnte sich vielmehr höchstens darum handeln, daß durch den Zusammenschluß der Konsumenten die Existenzbasis des Kleinbetriebs im Handelsgewerbe immer mehr eingeengt würde. Aber das würde nicht aus einer technischen Überlegenheit der Großbetriebsform heraus geschehen, sondern infolge einer wirtschaftlichen Erkenntnis bestimmter Konsumentenschichten, die durch ihre Organisation gewisse Vorteile zu erreichen suchen. Man könnte also meines Erachtens nicht von Naturnotwendigkeit reden. Heute ist jedenfalls der Kleinbetrieb im Handelsgewerbe noch äußerst stark; selbst in den Großstädten ist er noch lange nicht so bedroht, wie man es auf den ersten Anblick meinen möchte. Namentlich sind in den Außenbezirken der Großstädte die kleinen Ladengeschäfte

noch sehr zahlreich und können keineswegs schon als unwirtschaftlich bezeichnet werden. So sehen wir also auch im Handelsgewerbe zwar einen Rückgang der Kleinbetriebe, aber keineswegs einen naturnotwendigen Untergang, wie ihn das sozialdemokratische Programm ganz allgemein behauptet.

Nach diesen Darlegungen muß der erste Satz des sozialdemokratischen Programms eine Einschränkung dahin erfahren, daß nur ein Teil, allerdings im Gewerbe ein ziemlich starker Teil des Kleinbetriebs dem Untergang verfallen ist resp. noch verfällt. Die politische Partei mag ja vielleicht geneigt sein, die jetzige Generalisierung aufrechtzuerhalten. Denn man ändert nicht gerne an grundsätzlichen Auffassungen, zu denen sich Millionen von Menschen bekennen. Aber die fehlerhafte Verallgemeinerung ist für die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften eine unerfreuliche Erscheinung, die im wirtschaftlichen Kampf immer mehr auf die tatsächlich nun einmal bestehenden Verhältnisse Rücksicht nehmen müssen und dadurch in den Kreisen ihrer Mitglieder auf Schwierigkeiten stoßen, die daraus resultieren, daß diese die Auffassung des sozialdemokratischen Programms teilen. Es wird aber auch die politische Haltung der Sozialdemokratie zu der Agrar- und Handwerkerfrage wesentlich davon beeinflusst, ob sie ihre bisherige Generalisierung aufrechterhält oder ob sie zugibt, daß die behauptete Entwicklungstendenz sich nicht in dem Grade und in dem Umfang bemerkbar macht, wie es im sozialdemokratischen Programm ausgesprochen ist.

Es wäre nun eine einseitige Darstellung über den Ursprung des heutigen Proletarisierungsprozesses, wenn wir ihn nur auf die Frage der Existenzfähigkeit des Kleinbetriebes zurückführen wollten. Gerade hier zeigt sich die merkwürdige Erscheinung, daß aus der Landwirtschaft heraus eine ständige Vermehrung des Proletariats stattfindet, obwohl der Kleinbetrieb existenzfähig bleibt und keineswegs dem Untergang geweiht ist. Der vorhandene Grund und Boden ist in der Hauptsache so aufgeteilt, daß sich keine neuen Klein- und Mittelbetriebe mehr bilden können. Man muß dabei absehen von der Möglichkeit, daß bei Aufteilung von Großbesitz, auch intensive innere Kolonisation noch Scharen von Kleinbauern angesiedelt werden können. Dieses

Ventil würde aber doch nur vorübergehend wirksam sein und hat jedenfalls bisher nur in ganz geringem Grade funktioniert. In der Hauptsache hat man festzustellen, daß die Produktivität der ländlichen Bevölkerung seinerzeit in Deutschland zu den Massenauswanderungen nach fremden Ländern und in den letzten Jahrzehnten anlässlich des industriellen Aufschwungs Deutschlands zu dem großen Zuge von Arbeitskräften nach den Großstädten und gewerblichen Zentren führte. Der Kleinbetrieb ist bei aufgeteiltem Grund und Boden in der Landwirtschaft nicht vermehrbar; deswegen strömen Söhne und Töchter in die Städte, um dort Arbeit zu finden oder Dienste zu verrichten. Um so stärker muß der Zug sich geltend machen, je mehr die Städte und die gewerblichen Zentren Arbeitsgelegenheit und besser bezahlte Arbeitsgelegenheit als auf dem Lande, auch sonstige Annehmlichkeiten bieten. Daß diese Massenabwanderung vom Lande dem gewerblichen Arbeitsmarkt in dem Momente gefährlich werden muß, wo die Expansion und die Gewinnchancen der Industrie nachlassen, davon haben wir in letzter Zeit die ersten Anzeichen schon verspüren können. Der Proletarisierungsprozeß hat also zwei Quellen: auf der einen Seite machte und macht der industrielle Großbetrieb den Kleinbetrieb existenzunfähig, und seine Angehörigen werden beschloßene Arbeiter. Auf der andern Seite fehlt für die Vermehrung der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft der nötige Grund und Boden, so daß die bisherigen Betriebe zwar nach wie vor bestehen bleiben, daß sich aber von geringeren oder größeren Ausnahmeerscheinungen abgesehen keine neuen Betriebe bilden können, die Familien mit stärkerer Kinderzahl also einen Teil des Bevölkerungsüberschusses in die Städte abgeben, wo sie dem Markt der beschloßenen Arbeitskräfte als ständig neues Angebot zufließen. Ist einmal der Proletarisierungsprozeß im Gange, dann kommt hinzu, daß die Produktivität des Proletariats selbst für ständigen Nachwuchs sorgt, die zwei bisher aufgeführten Quellen des Proletarisierungsprozesses nur noch einen Teil des neu sich bildenden Proletariats liefern. Die Erneuerung und Vermehrung des Proletariats geschieht dann durch das Proletariat selbst, das in den Großstädten und gewerblichen Zentren die breiteste Schichte der ansässigen Bevölkerung ausmacht.

## Die Monopolisierung der Produktionsmittel

Wenn das Vorhandensein breiter Schichten, deren Existenz auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, nicht bestritten werden kann, wenn ferner nicht behauptet werden kann, daß diese Schichten mit Notwendigkeit der Proletarisierung entgegengehen, dann muß auch der Satz des sozialdemokratischen Parteiprogramms fallen, wonach die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern bilden werden.

Monopol soll hier heißen Alleineigentum. Man kann aber nicht sagen, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern sich in das Eigentum der Produktionsmittel teilte. Die Entwicklung erfolgt auch nicht so, daß das Eigentum der Produktionsmittel sich bei immer weniger Privatwirtschaften konzentrieren würde. Wir werden zur Darlegung, daß der Satz von der Monopolisierung der Produktionsmittel nicht zutrifft, zwei Wege gehen. Einmal gehen wir von den Privatwirtschaften aus und suchen zu zeigen, daß die Vermögensverteilung keineswegs eine derartige ist, daß eine Monopolisierung der Produktionsmittel durch eine kleine Zahl von Privatwirtschaften in absehbarer Zeit zu erwarten wäre. In zweiter Linie gehen wir von den Produktionsmitteln selbst aus und zeigen bei ihnen, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln sich auf sehr, sehr breite Schichten verteilt, daß eine Abnahme dieser Schichten nicht zu beobachten ist, daß vielmehr auch die kleinsten Notgroschen in Sammelbeden geleitet Summen ergeben, deren Kapitalkraft nicht zu unterschätzen ist.

Zweifellos ist die Zahl der reichen Leute in den letzten dreißig Jahren überaus stark gewachsen und damit auch ihr wirtschaftlicher Einfluß, aber die reichen Leute selbst repräsentieren mit ihren Vermögen doch nur einen Teil des Kapitalbesitzes, während der größere Teil sich zweifellos aus dem Vermögen der mittleren und kleinen Kapitalisten zusammensetzt. Ein Blick auf die preussische Ergänzungssteuer, die nur die Vermögen von 6000 Mark aufwärts erfaßt, ergibt z. B. folgendes Bild. Von 1767034 Zensiten versteuerten 1911 ein Vermögen von

	Zensiten	Steuerbetrag Mark
über 1 Million Mark . . . . .	9 349	13 365 900
500 000 bis 1 Million Mark . . . . .	13 793	4 911 499
200 000 „ 500 000 Mark . . . . .	47 507	7 319 047
100 000 „ 200 000 „ . . . . .	88 356	6 184 789
52 000 „ 100 000 „ . . . . .	180 393	6 330 207
32 000 „ 52 000 „ . . . . .	229 493	4 659 725
20 000 „ 32 000 „ . . . . .	233 604	2 862 380
6 000 „ 20 000 „ . . . . .	964 539	4 876 034

Daß nun in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Reichen ihr Vermögen immer mehr zu steigern vermocht haben, sondern auch die mittleren und kleinen Kapitalisten, das zeigt wiederum ein Blick auf die Entwicklung der Ergebnisse der preussischen Vermögenssteuer. Denn es betrug die Zahl der Zensiten und der veranlagten Ergänzungssteuer:

Jahr	Zensiten	veranl. Ergänzungs- steuer in Mark
1895 . . . . .	1 152 332	31 045 800
1899—1901 . . . . .	1 227 583	34 183 100
1908—1910 . . . . .	1 502 570	45 007 500
1911—1913 . . . . .	1 767 034	50 509 600

Man mag gegen die Veranlagung zur preussischen Ergänzungssteuer noch so viel einzumenden haben, aber daß die Zunahme des Vermögens auch bei einer wachsenden Zahl kleiner und mittlerer Kapitalisten erfolgt ist, das geht doch mit Sicherheit aus dem statistischen Materiale hervor. Es geht aber — und darüber darf man sich gar nicht täuschen — erst recht aus der Sparkassenstatistik hervor, die hauptsächlich wohl das kleine Kapital der Privatwirtschaften repräsentiert, die unter 6000 Mark Vermögen besitzen. Für die einzelnen Sparer mag das Kapital nicht anders denn als Notgroschen in Betracht kommen, in seiner Gesamtheit sind aber die kleinen Kapitalsplitterchen eine Masse, die das Eigentum einer stattlichen Menge von Produktionsmitteln repräsentieren. Die öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen im Deutschen Reiche hatten Ende 1906 13,4, Ende 1911 17,82 Milliarden

Markt Einlagen. Angesichts dieser Kapitalverteilung kann man eben nicht behaupten, daß die Produktionsmittel immer mehr das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Zwischen einer dünnen Schichte reicher Leute und der breiten Schichte der Arbeiter befindet sich eine überaus starke Schichte von solchen Wirtschaften, in deren Eigentum und Besitz der weitaus größere Teil der Produktionsmittel sich befindet.

Schon bei einem Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland ergibt sich also, daß allgemein von einem Monopol an den Produktionsmitteln nicht gesprochen werden kann. Noch weniger trifft es aber zu, wenn man die Verhältnisse in internationalem Maßstab betrachtet. Da sehen wir noch weite Gebiete, deren Grund und Boden überhaupt noch nicht als Produktionsmittel aufgeteilt und in Anspruch genommen sind. Hier ist noch eine solche Erweiterungssphäre für die heutige Wirtschaftsweise, daß es kurzfristig wäre, seinen Blick nur auf die Verhältnisse des eigenen Landes zu bannen. Aber auch in dichtbesiedelten und hochentwickelten Gebieten des Auslandes herrscht vielfach noch auf recht breiter Basis der Kleinbetriebe, dessen Grundlage das Privateigentum an den Produktionsmitteln bildet.

Man soll freilich gar nicht bestritten werden, daß unter der Einwirkung der technischen Fortschritte, durch das Aufkommen der modernen Industrie nicht nur der Einfluß der reichen Leute gestiegen ist, sondern sie auch zahlreiche neue Möglichkeiten erhalten haben, ihr Vermögen stets weiter und vielfach auch leichter zu vermehren als vordem. Auch war eine starke Vermehrung der reichen Privatwirtschaften die Folge dieser Umwälzung. Unter Ausnutzung der historisch gegebenen Niveauunterschiede in den Reproduktionskosten der Arbeitskraft wurde es dem Kapital ungemein leicht, von dem Produktionsertrag der menschlichen Wirtschaft Anteile zu erhalten, die für eine große Anzahl Kapitalbesitzer den Grund zu privatem Reichtum legten. Gerade in der Zeit, wo die Fabrik das Handwerk verdrängte, standen dem technisch wirtschaftlicher arbeitenden Betriebe billige Arbeitskräfte gerade genug zur Verfügung. Nach der Lage des damaligen Arbeitsmarktes zahlte der Arbeitgeber die im Handwerk üblichen Löhne. Ja, wenn der Fabrikant eine Kleinigkeit mehr zahlte, so hatte

er die besten und tüchtigsten Arbeitskräfte in seinem Betrieb, soweit er solche brauchte. Beim Verkauf seiner Ware konnte er aber billiger als das Handwerk sein und verdiente doch infolge der billigeren, technisch überlegenen Herstellungsweise und des größeren Umsatzes bedeutend mehr als die Zahl der Handwerker, die sich früher in einen ähnlich großen Umsatz teilen mußten. Nach Lage des Arbeitsmarktes konnten die Arbeiter in der Fabrik nicht mehr verlangen als im Handwerk: die Folge war, daß die Vorteile der höheren Technik und des größeren Umsatzes zunächst fast ausschließlich dem Besitzer der Fabrik zugute kamen. So hat dieser wirtschaftliche Umwälzungsprozeß den Grund für eine ganze Menge wohlhabender und reicher Privatwirtschaften abgegeben, und darin ist zweifellos der Grund für die Auffassung zu suchen, daß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern würden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel gehe nun — sagt das sozialdemokratische Programm — die Verdrängung der zerplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, gehe die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine. Hier ist der zeitliche und kausale Verlauf nicht richtig dargestellt. Zeitlich und kausal ist der Ausgangspunkt der Entwicklung die Überlegenheit der Maschine über das Werkzeug. Der Handwerkerbetrieb erwies sich dort, wo die Maschine in den Herstellungsprozeß eintrat, als zu klein, als unwirtschaftlich, er wurde durch die Fabrik verdrängt, und die technischen Wissenschaften sowie die Ausweitung der Marktgebiete trieben zu einer immer größeren Anlage und Ausdehnung der Fabrikunternehmungen. Denn es stellte sich heraus, daß die Maschinerie um so wirtschaftlicher arbeitete, je größer der Absatz in einer bestimmten Ware war. Dadurch war das Entstehen kolossaler Großbetriebe überall dort bedingt, wo der große technische Apparat um so vorteilhafter arbeitete, je mehr er Waren herstellen konnte. Angesichts dieser Entwicklung hätte man nun annehmen müssen, daß diese Großbetriebe so gewinnreich gearbeitet hätten, daß es den Fabrikanten gar nicht eingefallen wäre, das Eigentum an ihren Produktionsmitteln mit anderen zu teilen.

Aber hier stoßen wir auf eine Erscheinung, die leider vielfach ganz und gar übersehen wird. Während beim Handwerkerbetrieb die Pro-

duktionsmittel in der Hauptache dem Handwerker gehören, entwickelt sich der industrielle Großbetrieb sehr rasch in der Weise, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln keineswegs immer, nicht einmal in der Regel bei dem ersten privaten Eigentümer verbleibt, ja daß es von vornherein keineswegs immer einem einzigen Privateigentümer gehört. Eine typische Form für den modernen Großbetrieb ist die Aktiengesellschaft. Sie wird notwendig, weil der moderne Großbetrieb Mittel zur Gründung oder zur Erweiterung von Betrieben erfordert, die über das Vermögen der einzelnen Kapitalbesitzer oder Unternehmer hinausgehen. Die moderne wirtschaftliche Herstellungsweise erfordert die große Unternehmung, aber sie ist nicht mehr an das Eigentum eines einzelnen gebunden, sondern sie ist in großem Umfange Kollektiveigentum. Und merkwürdigerweise! In dieser Unternehmungsform entwickeln sich die Verhältnisse so, daß die wirklichen Eigentümer in ihrer Gesamtheit oft weniger zu sagen haben als die obersten Angestellten der Gesellschaft. Wenn die Produktionsmittel das Monopol einer relativ nur kleinen Zahl von Kapitalisten wären, wozu würde es dann nötig sein, die mittleren und kleinen Kapitalien zur finanziellen Beteiligung an den Großunternehmungen heranzuziehen? Die reichen und reichsten Leute allein sind eben nicht in der Lage, mit ihrem eigenen Kapitale auch nur entfernt sich das Eigentum an den Produktionsmitteln zu sichern, sie zum wirklichen Monopol zu machen. Es geht ohne die Mitwirkung und Mithilfe des zahlreichen mittleren und kleinen Kapitals selbst bei der Finanzierung der Großindustrie nicht. Ja, man kann sogar weitergehen und behaupten: das Gros der Großkapitalisten will gar nicht die Produktionsmittel monopolisieren, da es eben weiß, die gesamten Produktionsmittel kann es nicht entfernt mit Beschlag belegen, und das volle Eigentum an einzelnen Großunternehmungen oder gar einzelnen Branchen ist ihnen viel zu riskant, weswegen sie ihren wirtschaftlichen Reichtum auf zahlreiche Objekte verteilen und bei einer gewissen Höhe des Reichtums sogar sich lieber mit einer niedrigeren Verzinsung begnügen als riskante Anlagen aufsuchen. Diese Politik wäre doch nicht nötig, wenn sie die Produktionsmittel in der Tat monopolisieren könnten.

Betrachten wir nunmehr die Produktionsmittel unter dem Gesichtsp.

punkt des Eigentumsverhältnisses. Die Produktionsmittel bestehen aus Grund und Boden, Lieren, Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen, weiter dann noch, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade, aus Warenvorräten und Geld. Betrachten wir einmal die Eigentumsverhältnisse, soweit es sich um Grund und Boden handelt, dann müssen wir sofort ohne weiteres zugeben, daß eine überaus große Anzahl von Privatwirtschaften Eigentumsrechte an Grund und Boden besitzen, daß von einer Monopolisierung durch eine relativ kleine Zahl von Großgrundbesitzern und Kapitalisten nicht entfernt die Rede sein kann. Ein großer Teil des landwirtschaftlich benutzten Grund und Bodens gehört den Inhabern von mittleren und kleinen Betrieben, nur ein kleinerer Teil Großeigentümern. Nun wird mit Recht darauf hingewiesen werden, daß der Grund und Boden der Inhaber von kleineren und mittleren Betrieben verschuldet ist. Gewiß, aber Gläubiger dieser Schulden sind eine ganze Anzahl von Kapitalisten bis herunter zu Arbeitern, die ihren Notgroschen auf einer Sparkasse angelegt haben. Es liegt mir gewiß fern, den Arbeiter als Kapitalisten ansprechen zu wollen, aber die noch so winzigen Notgroschen in Reservoiren aufgefangen summieren sich zu erheblichen Posten, die als Kapital arbeiten und sehr häufig in Hypotheken angelegt werden. Gerade Privatwirtschaften, die über geringes Kapital verfügen, geben ihre ersparten Summen auf sichere Hypothekenanlagen hin und werden so Gläubiger der Landwirte, haben im vereinbarten Zinsgenuß Anteil am Eigentum der Schuldner, am Grund und Boden. Daß auch Großkapitalisten riesige Summen in Grund und Boden stecken, ist nicht zu bestreiten, aber damit werden sie eben noch lange nicht zu Monopolen des gesamten Grund und Bodens. Ja, es dürfte sogar die Regel sein, daß auch der Grund und Boden der Großgrundbesitzer verschuldet ist, daß sie so viel wie möglich Hypotheken aufnehmen und letzten Endes nicht wissen, wer alles schließlich ideale Eigentumsansprüche auf ihren Grund und Boden hat. Man kommt also damit, daß man sagt, die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber seien nur formell Eigentümer, die wirklichen Eigentümer seien die Hypothekengläubiger, nicht weiter, sondern stößt nur auf die Tatsache, daß die Hypothekengläubiger aus großen, mittleren und kleinen Kapitalisten sich zusammensetzen, ja daß die kleinsten Kapitalteilchen, die

von den einzelnen für Notfälle des Lebens zurückgelegt sind, zusammen genommen gar keine so geringe Rolle auf dem Kapitalmarkt spielen, wie wir es anzunehmen gewohnt sind. Die Feststellung dieses Umstandes schließt natürlich nicht aus, daß man die kapitalistische Bedeutung der heutigen Großeigentümer in ihrer vollen Tragweite erkennt. Gewiß verfügen sie über einen großen Teil des Grundeigentums. Was bestritten werden soll, ist nur die Behauptung, daß sie ein Monopol an Grund und Boden besäßen. Wäre das der Fall, dann wäre der wirtschaftliche Kampf mit ihnen unvergleichlich viel leichter, als es so der Fall ist.

Wie steht es nun mit dem Grund und Boden, der für die Gewinnung von anorganischen Rohstoffen ausgebeutet wird? Ist er das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Großgrundbesitzern oder Kapitalisten? Auf diesem Gebiete der Warengewinnung stoßen wir schon sehr stark auf eine Unternehmungsform, die das Privateigentum des einzelnen aufhebt, nämlich auf die Aktiengesellschaft, bzw. die Gewerkschaft. Würde es so leicht möglich sein, das Monopol auf die Bodenschätze zu gewinnen und sich zu sichern, wozu würde man denn eine Unternehmungsform wählen, die auf die Beteiligung mittlerer und kleiner Kapitalisten angewiesen ist? Die Unternehmungsform der Aktiengesellschaft ist sicherlich zunächst demokratisch bzw. genossenschaftlich gedacht, aber freilich hat die Interessellosigkeit und Schwäche der mittleren und kleinen Kapitalisten dazu geführt, daß die Großen auf dem Kapitalmarkt die mittleren und kleinen sehr stark beherrschen. Gerade auf dem Gebiete der Gewinnung von anorganischen Rohstoffen zeigt sich die Vorherrschaft einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Großkapitalisten unzweideutig. Sie beeinflusst oft die ganze Geschäftspolitik der in Frage kommenden Unternehmungen. Aber Alleineigentümer sind diese Großkapitalisten noch lange nicht. Dazu würden ihre privaten Kapitalien entfernt nicht ausreichen. Sie beanspruchen vielmehr die mittleren und kleinen Kapitalisten in hohem Maße, verstehen es aber, die Zersplitterung und Machtlosigkeit dieser mittleren und kleinen Kapitalisten so auszunützen, daß bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen dieses mittlere und kleine Kapital fest hinter ihnen steht, daß aber bei einer Gefährdung der Interessen aller Kapitalien die mittleren und kleinen in der Regel den Schaden zu

tragen haben. Denn genau wie auf dem Arbeitsmarkt ein Konkurrenzkampf der Arbeiter tobt, so ist dies auch auf dem Kapitalmarkt der Fall, wo die großen Kapitalisten in scharfem Wettbewerb mit den mittleren und kleinen Kapitalisten stehen.

Endlich haben wir noch die Eigentumsverhältnisse des Grund und Bodens zu betrachten, auf dem Gebäude errichtet sind, wobei wir gleichzeitig auch die Eigentumsverhältnisse der Gebäude miteinschließen. Es kann auch hier nicht entfernt behauptet werden, daß ein Monopol relativ weniger Kapitalisten bestehe. Im Gegenteil sind hier die Eigentumsverhältnisse äußerst zersplittert. Denn gerade die Kapitalien, mit denen Grund und Boden sowie die Häuser beliehen sind, stammen zweifellos zum größeren Teil von mittleren und kleinen Kapitalisten her. Daß Ausnahmefälle vorkommen, wo sich der Einfluß einzelner Großkapitalisten besonders nachteilig geltend macht, beweist noch nichts für ein allgemeines Monopol dieser Kapitalisten, sondern nur für einen besonders starken wirtschaftlichen Einfluß in einem bestimmten Falle. Übrigens ist dieser Einfluß meist örtlich und zeitlich beschränkt. Auch hier gehen die Großkapitalisten nicht als einzelne Privatwirtschaftler vor, sondern verstecken sich vielfach hinter einer Gesellschaft, durch die sie ihre Zwecke zu erreichen suchen. Die eigenen Kapitalien der eigentlichen Macher sind im Verhältnis zu der Summe, die die Durchführung des Zweckes erfordert, oft relativ gering, so daß sie auf eine Monopolisierung der Produktionsmittel gar nicht ausgehen können. Da sie eben ein Monopol nicht besitzen, müssen sie bei ihren Operationen auch mit einem Mißlingen rechnen. Sie wollen das Risiko eines solchen nicht tragen und teilen es mit anderen Kapitalisten, die sie für ihr Unternehmen zu interessieren wissen. Die Möglichkeiten, bis zum etwaigen Mißlingen irgendeines Unternehmens für die eigene Beteiligung Zwischengewinne herauszuholen, sind so erheblich, daß diese Kapitalisten selbst bei einem Mißlingen selten mit Verlust abschneiden. Der Großkapitalist vermag nach dem Grundsatz des *divido et impera* zu handeln und dabei äußerst günstig zu reüssieren, aber Monopolist im Sinne des sozialdemokratischen Programms ist er nicht. In das Eigentum am Grund- und Hausbesitz teilen sich eine überaus große Anzahl von Privatwirtschaften.

Was endlich die Produktionsmittel in der Weiterverarbeitung betrifft, so ist das Eigentum an ihnen überaus zersplittert. Gerade hier kann man wohl am allerwenigsten von einem Monopol einer relativ kleinen Zahl von Kapitalisten reden. Auch zeigt sich hier keine Tendenz zu einer Monopolisierung. Wir sehen wohl eine teilweise Konzentration der Betriebe und der Unternehmungen, aber die hier vereinigten Produktionsmittel gehen nicht in das Eigentum von einzelnen Privatwirtschastern über, sondern nehmen die Masse der Kapitalisten als Gläubiger in Anspruch. Und wenn die Großbanken heute einen Teil der industriellen Etablissements stark beeinflussen, so sind die Kapitalien dieser Großbanken auch nicht die Repräsentanten des Vermögens einer kleinen Zahl von Privatwirtschastern, sondern hinter ihnen stehen sowohl große Kapitalisten, als auch eine stattliche Anzahl mittlerer und kleiner. Wohl spielen auch hier einzelne Großkapitalisten sehr oft eine äußerst einflußreiche Rolle, aber Monopolisten sind sie darum noch lange nicht. Wenn die mittleren und kleinen Kapitalisten nicht gar so widerstandsunfähig wären, so würde auch der Einfluß dieser einzelnen Persönlichkeiten nicht bis zu dem Grade angewachsen sein, den sie heute tatsächlich besitzen. Gerade auch auf diesem Gebiete muß die Aktiengesellschaft als das Mittel herhalten, diesen Großkapitalisten Gewinn- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, die über alles vernünftige Maß hinausgehen, die ganze Unternehmung, die Arbeiterschaft und das Gros der mittleren und kleinen Kapitalisten mehr oder weniger stark schädigen. Die große Überlegenheit der Großkapitalisten soll keineswegs bestritten werden — sie ist im Rahmen des heutigen Kapitalmarktes eine äußerst wichtige Erscheinung —, aber diese Überlegenheit hat im allgemeinen noch nicht zur Monopolisierung der Produktionsmittel geführt, und es liegen auch keine Gründe vor, die eine Tendenz zur Monopolisierung bestimmt behaupten ließen. Daß aber die Produktionsmittel der mittleren und gar kleinen Betriebe in der Weiterverarbeitung nicht das Monopol einer relativ kleinen Zahl von Kapitalisten bilden, das braucht wirklich nicht erst noch näher ausgeführt werden.

In der Warenverteilung kann auch nicht von einer Monopolisierung der Betriebsanlagen und Betriebsmittel die Rede sein, wenn auch vereinzelt vorübergehend oder längere Zeit hindurch monopol-

artige Erscheinungen zu beobachten sind. Im Verkehrswesen scheiden die Eisenbahnen überhaupt in der Hauptsache aus, da die Betriebsanlagen meist im staatlichen Eigentum sind. Daneben aber ist großes, mittleres und kleines Kapital an dem Eigentum der Produktionsmittel, sofern wir von solchen hier überhaupt reden wollen, beteiligt.

Mit den bisherigen Ausführungen haben wir darzulegen gesucht, daß die Entwicklungstendenz, wie sie im sozialdemokratischen Programm ausgesprochen ist, nicht zutreffend ist. Die weiteren Ausführungen im grundsätzlichen Teile des Programms sind mehr oder weniger Schlußfolgerungen aus der behaupteten wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich so mechanisch vollzöge, wie sie das sozialdemokratische Programm beschreibt, so wäre es für den Sozialismus weit leichter, sich durchzusetzen. Daß im sozialdemokratischen Programm diese Kennzeichnung der Entwicklungstendenz stattgefunden hat, ist historisch durchaus begreiflich. Das Aufkommen der modernen Industrie und die Umwälzung aller Marktverhältnisse durch den modernen Verkehr legte eine derartige Theorie, wie sie im sozialdemokratischen Programm niedergelegt ist, außerordentlich nahe. Aber seitdem diese Ideen sich gebildet haben, hat die wirtschaftliche Entwicklung einen Zeitraum von nun fünfzig Jahren hinter sich: der Kapitalismus hat an Kraft noch keineswegs abgenommen, sondern er arbeitet noch mit einer recht gesunden Lebendigkeit und hat noch Ausdehnungsmöglichkeiten, denen gegenüber es äußerst kurzichtig ist, so zu tun, als ob wir einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegengehen. Auf wirtschaftlichem Gebiete gibt es solche plötzlichen Katastrophen überhaupt nicht, sondern hier handelt es sich immer um Umwandlungsprozesse, bei denen das Neue an das Alte anknüpft, sich aus ihm entwickelt. Neue Prinzipien setzen sich nur allmählich durch. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Entwicklung in Zukunft sich anders gestalten wird, als es bisher in der Geschichte der Fall gewesen ist.

## Gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftlicher Betrieb

Auf Grund einer irrigen Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, weiter aber auf Grund einer falschen Einschätzung der Zeit, in der sich die vorausgesagte Entwicklung vollziehen soll, kommt das sozialdemokratische Programm zu seinem Radikalmittel, mit dem alle Schäden beseitigt werden sollen. Es heißt:

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.“

Das hier angegebene Radikalmittel geht also dahin, daß alles Privateigentum auf die Gesellschaft übergeht, die Produktion und die Warenverteilung gesellschaftlich betrieben wird, also: gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftlicher Betrieb. Ich habe schon in den früheren Abschnitten dargelegt, daß für breite Schichten das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch heute noch das Mittel ist, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, was namentlich für die Bauern, einen Teil der Handwerker und Händler gilt. Wenn diese Ausführungen als richtig zugegeben werden, so kann das verlangte Radikalmittel des sozialdemokratischen Programms dem Eigentum dieser Schichten gegenüber schon nicht in Anwendung kommen. Es würde also für die Bergesellschaftung oder, nach dem Stande der heutigen Entwicklung ausgedrückt, für die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung nur das Privateigentum in Frage kommen, das nicht bei den eben genannten Schichten sich befindet. Aber auch für dieses Privateigentum kann nicht ohne weiteres die allgemeine und gleichzeitige Verstaatlichung verlangt werden.

Daß wir auf manchen Gebieten aus rein wirtschaftlichen Gründen der Verstaatlichung von Produktionsmitteln entgegengehen, daß der Staat sich in erhöhtem Grade um die Warenherstellung und Warenverteilung kümmert, weil er sich dieser Aufgabe einfach nicht länger entziehen kann, darüber kann auf Grund der bisherigen Entwicklung gar kein Zweifel bestehen. Nur müssen wir uns darüber klar sein, daß diese Umbildung ein langwieriger Prozeß ist und nicht willkürlich vorgenommen werden, sondern in jedem Falle nur dann erfolgen kann, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu einer Übernahme von Produktionsmitteln durch den Staat oder die Gemeinde gegeben sind. Das Primäre ist nach meinem Dafürhalten nicht die Abschaffung des Privateigentums, sondern die Übernahme der Produktionsmittel, der der gesellschaftliche oder gesellschaftlich geleitete Betrieb sich anschließt. Erst infolge dieser Umwandlung ergibt sich eine allmähliche Verdrängung des heutigen Privateigentums, soweit es sich als schädlich, als überflüssig, als überlebt herausgestellt hat. Denn gar so einfach, wie es sich auf dem Papier ausnimmt, ist weder die allgemeine Verstaatlichung noch die gesellschaftliche Produktion und Warenverteilung. Schon Friedrich Engels hat ganz richtig auf den springenden Punkt hingewiesen, wenn er meint, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel nur dort in Frage kommen könne, wo die bisherigen Eigentümer der Produktionsmittel die Herrschaft über ihre Produktionsmittel verloren haben. Engels sagt darüber in seinem Buche „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“: „Die Besizergreifung der sämtlichen Produktionsmittel durch die Gesellschaft hat, seit dem geschichtlichen Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise, einzelnen wie Sekten öfters mehr oder weniger unklar als Zukunftsideal vorgeschwebt. Aber sie konnte erst möglich, erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die materiellen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Sie, wie jeder andere geschichtliche Fortschritt, wird ausführbar nicht durch die gewonnene Einsicht, daß das Dasein der Klassen der Gerechtigkeit, der Gleichheit usw. widerspricht, nicht durch den bloßen Willen, diese Klassen abzuschaffen, sondern durch gewisse neue ökonomische Bedingungen.“ Und an einer andern Stelle heißt es: „Nur in dem Falle, daß die Produktions- und

Berkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich erwachsen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unabwendbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktionskräfte durch die Gesellschaft selbst.“

Hier wird ganz genau und ganz zutreffend verlangt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Übernahme von Produktions- und Verkehrsmitteln durch Staat und Gemeinde reif sein müssen, daß man das Mittel nicht willkürlich anwenden kann. Auf einer gewissen Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung führt der Konkurrenzkampf unter den Großbetrieben zur Kartellierung eines Produktionszweiges und damit zu einer allmählichen Beseitigung der gegenseitigen Konkurrenz. Die Kartellierung endet bei einer regelmäßigen Entwicklung im Trust, d. h. in der Verschmelzung aller vorhandenen Betriebe zu einer einzigen Unternehmung. Hat diese Unternehmung einen nationalen Markt und spielt die internationale Konkurrenz keine zu bedrückende Rolle, so tritt unweigerlich der Moment ein, wo den Privateigentümern dieser großen Unternehmung die Zügel zur Leitung der Produktion entgleiten.

Schon in der Aktiengesellschaft liegt eine Unternehmungsform vor, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln untergräbt. Das Eigentum an den Produktionsmitteln einer Aktiengesellschaft verteilt sich auf ein Gros von Aktionären, die die persönlichen Beziehungen zu den Produktionsmitteln verlieren, die in der Aktie nichts weiter sehen als ein dividendebringendes Wertpapier, dessen Besitz tagtäglich gewechselt werden kann und gewechselt wird. Das Gros der mittleren und kleinen Aktionäre, mag es formell auch gewisse Rechte haben, verliert jeden Einfluß auf die Leitung der Aktiengesellschaften, die durch besoldete Beamte und durch Aufsichtsräte ausgeübt wird. Das Interesse des Aktionärs beschränkt sich auf den Wechsel des Kurses und die Höhe der Dividende, aber immer weniger auf die Produktionsmittel selbst, soweit sie in Form der Aktiengesellschaft ausgenützt werden. Die eigentlichen Eigentümer, die Aktionäre, haben in Wirklichkeit nichts mehr mit den Produktionsmitteln zu tun, sie sind den Gesellschaften

gegenüber Gläubiger, der Charakter des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist verloren gegangen, sie sind gewissermaßen expropriert und haben nur noch Anspruch auf eine Verzinsung ihrer Aktie. Wenn man heute z. B. die Gesamtheit, alle Eigentümer einer bestimmten Aktiengesellschaft zu einem bestimmten Zweck zusammenberufen wollte, so glaube ich, wäre eine solche Versammlung nicht mehr möglich. Denn die Aktionäre von heute sind nicht mehr die Aktionäre von morgen, und die Zerstreutheit der Aktionäre sowie die Zersplitterung des Aktienbesitzes bis herunter auf relativ recht kleine Teile verhindert jede Versammlung aller Aktionäre eines Unternehmens. Ja, die Entwicklung des Aktienwesens hat so weit geführt, daß mittels Aufkauf von Aktien an der Börse Feinde eines Unternehmens in die Generalversammlung eindringen können, um dort nicht die Interessen der Gesellschaft, sondern womöglich die der Konkurrenz zu fördern. Angesichts dieser Entwicklung muß man zugeben, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln bei der Aktiengesellschaft verschwindet. Es ist kein einzelner Privateigentümer mehr da, es ist auch keine gleichbleibende, sich an den Produktionsmitteln interessierende Mehrheit da, sondern eine Mehrheit, die fast täglich wechselt, von der ein gut Teil die Produktionsmittel, die in Frage kommen, gar nicht kennt, nicht kennen will, um deren Ausnützung sich gar nicht kümmert. Das überläßt der Aktionär besoldeten Personen.

Nun genügt diese charakteristische Umbildung allein noch nicht, daß der Staat eingreifen müßte, obwohl das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch hier schon gewissermaßen in der Luft hängt — denn die besoldeten Leiter und die Aufsichtsräte sind nicht die Eigentümer, wenn sie auch sich in der Rolle dieser gefallen —, es muß hinzukommen, daß die Konkurrenz solcher Unternehmungen, bei denen die Privateigentümer zu ziemlich einflußlosen Gläubigern degradiert sind, ausgekämpft ist und sie sich zu einer kartellartigen Organisation zusammengeschlossen haben. Auf einer gewissen Höhe dieser Entwicklung hört der Wettbewerb auf, sämtliche Betriebsanlagen, die bisher mindestens finanziell selbständig waren, werden einer einzigen Unternehmung unterstellt. Das Heer der nichtsbedeutenden Aktionäre wird damit stark vermehrt, eine kleine Zahl von besoldeten Personen

und einige kapitalkräftige Aufsichtsräte dirigieren die große Unternehmung, es entsteht ein Monopol, das mit Notwendigkeiten wachsende Mißbräuche durch die geringe Zahl einflußreicher Personen mit sich bringt. Abnehmer, Konsumenten, Aktionäre, Arbeiter — sie alle leiden unter dem Krust; die Produktionsmittel, die ihm unterstehen, werden nicht einmal für die Aktionäre, geschweige denn für die Arbeiter, Abnehmer und Lieferanten wirtschaftlich einwandfrei ausgenutzt, kurz der privatkapitalistische Betrieb hat damit seine Rolle ausgespielt; er ist reif für den Betrieb durch den Staat. Der Moment, in dem der Staat die Produktionsmittel eines Produktionszweiges übernehmen kann, hängt also nicht von irgendwelchen politischen Machtfaktoren, sondern von einer wirtschaftlichen Entwicklungsstufe ab, die einmal erreicht, ein Fortwachsen unter den alten Eigentumsformen und ohne Aufsicht einer die Allgemeinheit vertretenden Macht gar nicht mehr erlaubt, soll nicht mit den Produktionsmitteln eine den ganzen wirtschaftlichen Organismus schädigende Mißwirtschaft getrieben werden.

In Produktionszweigen freilich, in denen eine starke internationale Konkurrenz in Frage kommt, ist selbst dann, wenn sonst die übrigen Vorbedingungen gegeben sind, ein staatlicher Betrieb schwer durchzuführen. Nun entwickeln sich ja freilich auch die Verhältnisse im Ausland ganz ähnlich wie bei uns, nur geht es nicht gleichmäßig und gleichzeitig voran, manche Länder machen die Entwicklung langsamer, manche schneller durch. Jedenfalls wird man also auch internationale Gesichtspunkte für die Beurteilung der Frage, ob zur Verstaatlichung reif oder nicht, heranziehen müssen.

Aus dem Bisherigen ist zu folgern, daß die Konkurrenz in der heutigen Wirtschaft dort, wo es möglich ist, selbst zu einer Organisation des Produktions- und Verteilungsapparates führt und erst dann, wenn diese Vorarbeit geschehen ist, der Staat die Produktionsmittel schon als einheitliches Ganzes übernehmen kann. Wo freilich die Entwicklung sich nicht in dieser Weise vollzieht, da läßt sich die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht oder nur ganz unwirtschaftlich durchführen.

Das gilt überall dort, wo die kleinen und mittleren Betriebe noch notwendig bzw. existenzfähig sind, oder wo die Großbetriebe nicht zu der Geschlossenheit kommen können, die wir als eine Voraussetzung

der Verstaatlichung bezeichnet haben. Denn eine Masse von Betrieben, namentlich von mittleren und kleinen, kann man nicht verstaatlichen und gesellschaftlich betreiben. So viel Überwachungsbeamte gibt es gar nicht, um hier gewisse einheitliche Bestimmungen auf ihre Durchführung kontrollieren zu können. Hier liegen die Verhältnisse eben ganz anders wie bei den zu einer Unternehmung organisierten Betrieben eines Produktionszweiges. Dieses eine Unternehmen ist ein einheitlicher wirtschaftlicher Organismus, bei dem ein Rad in das andere greift, während die Masse der mittleren und kleinen Betriebe nebeneinander bestehen und nicht künstlich, durch irgendeine Macht oder Gewalt, die nicht wirtschaftlicher Natur wäre, zu einem Organismus ausgestaltet werden können. Das läßt die Arbeitsweise, die zum Großbetrieb nicht drängt und zwingt, einfach nicht zu. Und daran kann auch die Staatsgewalt nichts ändern. Wohl kann neben dem Staat auch die Gemeinde Produktions- und Verkehrsmittel übernehmen und diese in eigener Regie betreiben lassen. Aber auch hier sind Grenzen gezogen, die aus wirtschaftlichen Gründen und aus Rücksicht auf die Interessen der Gemeinde selbst nicht überschritten werden dürfen.

Es dürfte angezeigt sein, einen Blick auf die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens zu werfen, wobei vorweggenommen werden soll, daß wir in Deutschland etwas mehr als 70 000 Gemeinden haben, die bei einer Verstaatlichung unter Umständen in Frage kommen müßten. Für eine Reihe von Gewerben verbietet schon allein diese eine Tatsache die Durchführbarkeit der Verstaatlichung auf manchen Gebieten der Warenherstellung und -verteilung. Denn wenn wir auch mit einer fortschreitenden Ausgleichung der Produktions- und Marktbedingungen rechnen und sie vor allem anstreben müssen, so bleiben doch noch Differenzierungen aus natürlichen und geschichtlichen Gründen genug, die bei einer Verstaatlichung berücksichtigt werden müßten. Die Verstaatlichung könnte also nur einen Rahmen abgeben, innerhalb dessen eine Vielgestaltigkeit des Betriebes sich breit machen würde, deren ganzen Zweck der Verstaatlichung in Frage stellte. Die Verstaatlichung würde sich in solchen Fällen gar bald als eine höchst unwirtschaftliche Maßregel darstellen und wieder fallen müssen. Nach dieser Vorbemerkung beginnen wir unsern Rundblick.

Für die landwirtschaftlichen Betriebe ist in absehbarer Zeit eine generelle Verstaatlichung ebenso ausgeschlossen wie eine generelle Bewirtschaftung durch den Staat. Man könnte vielleicht daran denken, dem Staate ein Generaleigentum am Grund und Boden zu vindizieren. Aber eine solche Eigentumsübertragung hätte zunächst doch nur formelle Bedeutung. Praktisch würde sich der Staat hüten, das Risiko dieses Eigentums auf sich übernehmen zu wollen. Denn was bedeutete das? Denken wir nur einmal daran, daß der Staat z. B. alle Hypotheken übernehmen wollte. Die landwirtschaftlichen Betriebe hätten die Hypothekenzinsen an den Staat zu leisten, sie müßten, um neue Hypotheken aufzunehmen, mit dem Staate verhandeln, der Staat müßte die Gelder entweder vom freien Geldmarkte und von den Steuerzahlern oder, sofern es einen freien Geldmarkt nicht mehr gäbe, ausschließlich von den Steuerzahlern erhalten. Die ganzen Schwankungen der natürlichen Produktivität würden als Risiko oder als Gewinn auf die staatliche Organisation sich übertragen. Nun äußern sich diese ziemlich starken Schwankungen keineswegs einheitlich und gleichmäßig bei allen landwirtschaftlichen Betrieben, sondern jeder Betrieb zeigt ein ganz besonderes individuelles Bild. Man vergegenwärtige sich, wie da der Staat als Hypothekengläubiger durchkommen soll, wie er die Bewilligung der Darlehen handhaben soll. Gewiß, letzten Endes kann er ja alles mit der Steuerschraube regulieren; was aber dazu schließlich die Mitglieder der staatlichen Organisation sagen würden, das steht auf einem andern Blatte. Oder sollte man vielleicht erst die heutigen Betriebe in Großbetriebe verwandeln, sie staatlich oder genossenschaftlich unter staatlicher Aufsicht bewirtschaften lassen? Ja, wenn nur der Staat dies machen könnte, aber dazu reicht eben seine Macht nicht aus. Und wenn die Sozialdemokratie glauben sollte, sie könnte im Besitze der politischen Macht die wirtschaftliche Entwicklung meistern, so würde sie gar bald die Erfahrung machen, daß sie nur unreife Früchte pflücken würde. In der Theorie lassen sich die vielseitigsten und schönsten Gesellschaftspläne verwirklichen und befürworten, in der Wirklichkeit sind sie meist recht unfruchtbar und erst recht undurchführbar. Sobald man daran gehen würde, den ersten Schritt auf dem Wege zur Verstaatlichung von Grund und Boden zu machen, würden

sich alsbald Schwierigkeiten ergeben, die von dem Beginnen rasch abstehen ließen.

Schon allein die Tatsache, daß z. B. der Getreidepreis ein Marktpreis ist, würde dem staatlichen Betrieb und dem staatlichen Eigentum ein Risiko aufladen, dessen richtige Verteilung auf die Masse der Staatsangehörigen noch auf lange, lange Zeit hinaus ein Ding der Unmöglichkeit bleiben würde. So wichtig die Durchführung des gesellschaftlichen Solidaritätsprinzips für den menschlichen Fortschritt ist, der Staat bzw. die Gesellschaft kann dem einzelnen Privatwirtschaftler den Kampf ums Dasein und dessen damit verbundenes Risiko nicht völlig abnehmen, solange nicht alles von unten herauf bis zu der Höhe organisiert und zentralisiert ist, die einen einheitlichen Betrieb wirtschaftlich möglich macht. Daran ist in der Landwirtschaft heute noch in keinem einzigen Lande zu denken, und es ist sogar fraglich, ob es dahin überhaupt je kommen wird. Jedenfalls aber haben wir heute mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, die auch für absehbare Zeit bestehen bleiben werden. Wie kommen wir zum Verlangen einer Verstaatlichung von Grund und Boden, wo uns doch die Kenntnis der Entwicklung sagt, daß die heutigen Eigentums- und Betriebsverhältnisse noch eine Realität darstellen, die nicht von einer noch so schönen Theorie über den Haufen geworfen werden kann?

Ganz anders liegen die Verhältnisse in der Forstwirtschaft, wie ich weiter oben schon ausgeführt habe. Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei aber dürften wieder wohl schwerlich verstaatlicht werden können. Bei der Gewinnung von anorganischen Rohstoffen gehen wir allerdings einer Entwicklung entgegen, wo die Verstaatlichung eine dringende Notwendigkeit werden wird. Die allmähliche Bildung von Trusts bildet hier die ganz natürliche Vorstufe zum staatlichen Betrieb und damit auch zum Übergang der Produktionsmittel in das staatliche Eigentum. Man kann darüber streiten, zu welchem Zeitpunkt der Staat schon eingreifen hat, wie weit er unter gegebenen Verhältnissen eingreifen soll, aber man kann sich kaum der Einsicht verschließen, daß auf diesem Gebiete der Warengewinnung die Verstaatlichung eine wirtschaftliche Notwendigkeit in absehbarer Zeit werden wird.

Was nun die Weiterverarbeitung anbelangt, so scheint mir hier

die Verstaatlichung der Produktionsmittel noch in weitem, weitem Feld zu liegen, für weite Gebiete überhaupt ganz und gar ausgeschlossen zu sein. So viel wird n auch ein Anhänger der Verstaatlichungstheorie zugeben müssen, daß für absehbare Zeit, solange eben die Wirtschaftlichkeit der mittleren und kleinen Betriebe als gegeben hinzunehmen ist, die Verstaatlichung als ausgeschlossen gelten muß. Es handelt sich eben hier gewissermaßen um eine organische Entwicklung, die einzelne Menschen oder einzelne Organisationen, ja die selbst der Staat nicht „verzwängen“ kann. Wir gehen sicherlich Zeiten entgegen, in denen die Eingriffe des Staates in den wirtschaftlichen Kampf der Privatwirtschaften immer häufiger und wichtiger werden, aber bis das ganze Chaos so weit in seiner Gesamtheit organisiert und zentralisiert ist, daß man es überhaupt völlig übersehen, begreifen und schließlich einheitlich leiten kann, bis dahin werden noch manche Generationen vergehen. Und darauf, wie es nach mehreren Generationen aussehen wird, kann man heute keine fruchtbare und nutzbringende Wirtschaftspolitik für die Arbeiterschaft aufbauen. Gerade in der Weiterverarbeitung ist die Vielgestaltigkeit und die Differenziertheit der Verhältnisse so groß, sind die stetigen Neuerungen so an der Tagesordnung, ist der Wechsel so zu Hause, daß an einen gesellschaftlichen Betrieb gar nicht gedacht werden kann.

Auf dem Gebiete der Warenverteilung liegen die Verhältnisse im Transportgewerbe wieder anders als im Handelsgewerbe. Im ersteren ist bei Eisenbahnen vor allem der staatliche Betrieb wirtschaftlich nützlich und dem privatkapitalistischen Betrieb überlegen, woraus auch die Verstaatlichung der Verkehrsanlagen folgt. Aber trotz dieser Überlegenheit hat sich doch der staatliche Betrieb noch lange nicht überall, nicht einmal in den wirtschaftlich vorgeschrittenen Ländern durchgesetzt. So allgemein entscheidend ist also auch hier nicht die für uns feststehende Überlegenheit des staatlichen Betriebes, daß dadurch der privatkapitalistische Betrieb ausgeschaltet würde. In der Schifffahrt ist der staatliche Betrieb noch eine recht heikle Sache, da die internationale Konkurrenz einer solchen Betriebsweise sehr hinderlich im Wege stehen würde. Im übrigen Transportgewerbe ist aber kaum an eine Verstaatlichung in absehbarer Zeit zu denken. Im Handelsgewerbe ist dies aber

erst recht nicht der Fall. Der Handel beruht ja seiner ganzen Natur nach auf einem Prinzip, das durch die Verstaatlichung aufgehoben werden würde. Aus den Händlern würden besoldete Verteiler werden müssen, wenn die Verstaatlichung erfolgte.

Eine besondere Erwähnung verdienen noch die Banken und Versicherungsgesellschaften. Daß die Versicherung dem sozialistischen Prinzip sehr entgegenkommt, indem es ein Risiko durch Verteilung auf eine Gesamtheit der einzelnen Privatwirtschaft abnimmt, wird allerdings die Übernahme der Versicherung auf private und öffentliche Organisationen begünstigen, aber doch nur je nach dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse. Neue Versicherungsarten werden immer wieder wohl zunächst durch gewerbliche Unternehmungen in die Wege geleitet werden. Bei den Banken ist eine Verstaatlichung aus den verschiedensten Gründen noch für lange Zeit ausgeschlossen, da die ganze Art der Bankgeschäfte bei der heutigen, noch immer im großen und ganzen auf Konkurrenz beruhenden Tauschwirtschaft einen staatlichen Betrieb unmöglich macht; vor allem ist hier der internationale Wettbewerb ein starker Hinderungsgrund. Auf der anderen Seite muß allerdings zugegeben werden, daß die wachsende Macht einer Reihe von Großbanken bedrohlich wird, weil ihre Leitungen im Bewußtsein, mit fremden Geldern zu wirtschaften, nur zu leicht zu Mißbräuchen verführt werden, deren Rückwirkung eine Schädigung des Kapital- und Arbeitsmarktes bedeutet. Ist auch eine Verstaatlichung hier nicht möglich, so kann hier doch die Frage einer Staatskontrolle sehr wohl in Frage kommen. Es müssen Garantien geschaffen werden gegen einen Mißbrauch der in den Händen von besoldeten Angestellten und von Aufsichtsräten befindlichen Großbanken, die ihr eigenes persönliches Interesse, wie sich das aus dem ganzen Milieu ergeben muß, viel zu stark in den Vordergrund rücken und nicht entfernt der Wirtschaft das leisten, was sie sich an Einkommen zu sichern verstehen.

Wohin wir auch blicken, überall stellen sich einer generellen allgemeinen Verstaatlichung und einer staatlichen Betriebe noch solche Schwierigkeiten gegenüber, was man ruhig sagen darf, der Gedanke einer generellen Verstaatlichung der Produktionsmittel als eines Radikalmittels zur Beseitigung der Schäden der heutigen Wirtschaftsordnung muß fallen.

## Tauschwirtschaft und Sozialismus

Wir haben bisher gesehen, daß breite Schichten von Kleinbetrieben für absehbare Zeiten noch bestehen bleiben, daß sie nicht mit Notwendigkeit untergehen, daß die Produktionsmittel nicht das Alleineigentum einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern und Kapitalisten werden, sondern mittlere und kleinere Kapitalisten direkt oder indirekt Eigentümer eines großen Teiles der Produktionsmittel sind, daß die Verwandlung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Organisierung und Führung aller Betriebe durch den Staat nur teilweise durchführbar ist, keineswegs das Radikalmittel sein kann, wie es nach dem sozialdemokratischen Programm erscheint, daß die wirtschaftliche Entwicklung keineswegs so verläuft, daß dieses Radikalmittel generell zur Anwendung kommen müßte oder könnte, kurz daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen im sozialdemokratischen Programm nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Wird nun aber zugegeben, daß diese Voraussetzungen unrichtig sind, so fallen eine ganze Reihe der wirtschaftspolitischen Maximen, die das sozialdemokratische Programm aufstellt, und man wird mit Recht fragen, was bleibt dann vom Sozialismus noch übrig, wenn wir diese Voraussetzungen negieren?

Da ist es nun notwendig, sich kurz über das Wesen der heutigen Wirtschaftsweise und über das Ziel des Sozialismus klar zu werden. Die heutige Wirtschaft beruht auf einer Unmenge von Tauschakten. Der Tausch hält die Millionen und Abermillionen von Privatwirtschaften miteinander verbunden, weist sie aufeinander an, macht sie voneinander abhängig. Der Kampf ums Dasein wird heute überwiegend noch immer von jeder einzelnen Privatwirtschaft für sich geführt. Alle bestehenden Organisationen, ob freiwillige oder erzwungene, unterstützen den Kampf der einzelnen Privatwirtschaften, aber sie nehmen den Kampf selbst in seiner Hauptsache der einzelnen Privatwirtschaft nicht ab. Das Wesen dieses Kampfes besteht nun darin, daß jede Privatwirtschaft bestrebt ist, in diesem Kampfe den anderen Privatwirtschaften möglichst wenig im Tausch hinzugeben, für sich aber möglichst viel hereinzubekommen. Aller Tausch beruht also in letzter Linie auf dem

berechtigten egoistischen Prinzip: Wenig geben, möglichst viel nehmen. In diesem Prinzip liegt nun schon die ganze Gefahr enthalten, die bei einer besonders starken Entfaltung des Wirtschaftslebens für die schwachen Privatwirtschaften entstehen muß. Die sog. kapitalistische Entwicklung steigert diese Gefahr noch bedeutend mehr, aber prinzipiell liegt das erste Übel im Tausch, der schon auf seiner alleruntersten Stufe zu starken Mißverhältnissen führen muß. Denn wie tauschen die Menschen? Sie haben ja keinen Maßstab für ein — sagen wir einmal — gerechtes Tauschen. Das Geld ist Tauschmittel, ist ein Maßstab, aber hat nichts damit zu tun, ob gerecht oder ungerecht getauscht wird. Die Tauschenden stehen sich ja auch nicht als Freunde, sondern als Feinde gegenüber. Man darf sich dabei an dem Worte Feind nicht stoßen. Da die Privatwirtschaften den Kampf ums Dasein, jede für sich, kämpfen, so wollen sie möglichst beim Tauschen das bessere Geschäft machen, wenig geben, aber viel bekommen; sie überlassen dem andern die Sorge um dessen Interessen, sie stellen das eigene in den Vordergrund. So wird jeder Tauschakt zu einem Kampfakt, die Tauschenden sind, prinzipiell betrachtet, Gegner. Ich kann hier nicht die Geschichte der Entwicklung des Tauschwesens schildern, aus der sich der heutige Stand des Kampfes der Privatwirtschaften gegeneinander, vielfach auch wieder miteinander, herausgebildet hat. Jedenfalls müssen wir diesen Kampf der Privatwirtschaft zum Ausgangspunkte unserer nachfolgenden Betrachtung machen.

Die Wirtschaftspolitik jeder Privatwirtschaft zerfällt in zwei Teile: auf der einen Seite sucht jede Privatwirtschaft sich Einnahmen zu verschaffen, auf der andern Seite gibt die Privatwirtschaft diese Einnahmen oder doch einen Teil wieder hin, um die Mittel und Dienste zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu erhalten. Die Beschaffung der Einnahmen erfolgt genau so wie die Beschaffung der Mittel und Dienste durch Tausch mit andern Privatwirtschaften. Wenn bei der heutigen Struktur der menschlichen Wirtschaft dieser direkte Tauschverkehr zwischen Privatwirtschaften und Privatwirtschaften nicht mehr deutlich zum Ausdruck kommt, so muß doch hervorgehoben werden, daß letzten Endes doch immer Privatwirtschaft gegen Privatwirtschaft steht. Es haben sich allerdings zwischen die Privatwirtschaften die Unterneh-

mungen und die Organisationen geschoben, aber diese selbst sind nichts anderes als Mittelglieder, die wieder den Interessen von einzelnen Privatwirtschaften oder von einer großen Zahl von Privatwirtschaften gleichzeitig dienen. So spielt sich also der Kampf immer wieder und letzten Endes zwischen Privatwirtschaften und Privatwirtschaften ab.

Wir haben nun schon im ersten Abschnitt gesehen, daß der Mensch vornehmlich von Gütern lebt, die ihm die Natur mit Ausschluß des Menschen bietet. Diese Güter gilt es zu gewinnen, die Produktivität der Natur gilt es zu steigern. Es war Anstrengung notwendig, um diese Güter sich anzueignen, sie periodisch immer wieder zu gewinnen. Die Arbeit wurde zum Zwang für den Menschen. Es kann hier nicht auf die allmähliche Ausbildung des Privateigentums, des Kapitals, der Arbeitsteilung und der Besitzverteilung eingegangen werden, nur so viel muß hier betont werden, daß namentlich in den ersten Anfängen dieser Entwicklung die körperliche Gewalt eine ziemlich einflußreiche Rolle spielte, später die Übermacht, die aus Kapitalbesitz hervorging. Es bildeten sich nun im Laufe der Entwicklung in allen Ländern Schichten von Privatwirtschaften, die Eigentümer von Produktionsmitteln (hauptsächlich Grund und Boden) waren und mit ihrer eigenen Arbeit aus den Produktionsmitteln möglichst viel für ihre Privatwirtschaft herauszuholen suchten. Daneben aber kamen auch Privatwirtschaften hoch, bei denen die persönliche Arbeitsleistung zurück und der Kapitalbesitz in den Vordergrund trat. Ebenso entwickelte sich eine Schicht von Privatwirtschaften, die in der Hauptsache auf die Verwertung ihrer persönlichen Arbeitskraft angewiesen war. Wie sich diese Entwicklung bei den verschiedenen Völkern und im einzelnen, unter welchen rechtlichen Verhältnissen sie sich vollzog, gehört nicht hierher, festzuhalten haben wir, daß wir es auf einer gewissen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung immer mit diesen drei Kategorien von Privatwirtschaften zu tun haben.

Sobald die Austauschwirtschaft sich des Geldes und späterhin des Kredits als wichtiger Austauschmittel bedient, wird der Verkehr vielgestaltiger, reichhaltiger. Die Gefahren des Austauschverkehrs steigern sich immer mehr für die Privatwirtschaften, die nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben. Sie werden gezwungen, den andern Privat-

wirtschaften, die Arbeitskraft oder Dienste beanspruchen, Konzessionen zu machen, da sie im gegenseitigen Wettbewerb stehen und sich die Austauschbedingungen gegenseitig verschlechtern. Mit der Erweiterung der Marktgebiete, mit der Erfindung der Maschine und ihrer Anwendung im Verkehr und in der Warenherstellung beginnt kein neues Prinzip im Austauschverkehr, aber die bisher getrennten Austauschbezirke werden einander ganz nahe gebracht, die bisherigen Gewohnheiten und Preisbildungen werden über den Haufen geworfen, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Kapitalmarkt wächst, ganze Schichten des Mittelstandes werden allmählich proletarisiert, wodurch der Wert der reinen Arbeitskraft zunächst noch mehr beeinträchtigt wird.

So kommen wir allmählich zu einer Struktur der Bevölkerung, in der auf der einen Seite eine Masse von Privatwirtschaften steht, die zur Einnahmehbeschaffung ausschließlich auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesen ist, in der auf der andern Seite eine zwar kleine, aber sehr einflußreiche Zahl von Privatwirtschaften steht, die aus ihrem Kapitalbesitz, der für wirtschaftliche Zwecke nutzlos wäre, wenn die Arbeitskraft ihn nicht wirtschaftlich verwertbar machte, große und bei geschickter Disposition stets steigende Einnahmen ziehen. In der Mitte stehen noch breite Schichten von Privatwirtschaften, die aus der Verwertung der eigenen Arbeitskraft auf oder an eigenen Produktionsmitteln ihr Einkommen beschaffen. Der durchgehende Gegensatz ist der zwischen Kapital auf der einen, Arbeit auf der andern Seite. Kapital repräsentiert Produktionsmittel, Menschen ohne Kapital repräsentieren reine Arbeitskraft. Beide Faktoren sind aufeinander angewiesen. Man kann das Verhältnis, das sich zwischen beiden herausgebildet hat, nicht plötzlich abschaffen, aber man kann die Abhängigkeit des einen Faktors vom andern beeinflussen und ändern, sobald man erst durchschaut hat, aus welchen Umständen die Abhängigkeit des einen vom andern resultiert. Die Austauschwirtschaft kann nicht an einem Tage beseitigt werden, aber man kann ihren offensichtlichen Ungerechtigkeiten zu Leibe rücken und sie bis auf ein erträgliches Maß vermindern. An eine Abschaffung vermag ich nicht zu glauben, da der Kampf ums Dasein der einzelnen Privatwirtschaft bzw. dem einzelnen Menschen von

einer Organisation, und sei es auch die höchst entwickelte Gesellschaft, nie ganz abgenommen werden kann. Doch darüber möge man sich nicht streiten. Das ist Zukunftsmusik. Wir haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus der Dynamik der heutigen wirtschaftlichen Kräfte herzuleiten. Das Wort Sozialismus will nun nach meiner Auffassung besagen, daß der Gesellschaft die Aufgabe zufällt, bei dem Kampf ums Dasein der Privatwirtschaften dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf von den Massen der Privatwirtschaften unter möglichst gleichen Bedingungen gekämpft werden kann. Damit, daß ich aber der Gesellschaft diese Aufgabe zuweise, habe ich praktisch noch gar nichts erreicht. Und wenn ich dabei allen Menschen ein Paradies auf Erden in Aussicht stellen könnte, würde ich sie nicht zu bestimmen vermögen, daß sie den Sperling, den sie heute in der Hand haben, für meine Taube, die ich ihnen in Aussicht stellen kann, aus der Hand geben. Die Gesellschaft ist eben ein Begriff, hinter dem heute noch absolut keine Macht steht. Und nehmen wir dafür den Staat, so spiegelt der eben vor allem, wenn auch nicht gerade ausschließlich, den Machtwillen der wirtschaftlich obenauf befindlichen Schichten und nicht etwa einen einheitlichen Willen einer Gesamtheit. Der heutige Staat wird also die schöne Aufgabe, die wir der Gesellschaft gestellt haben, auch nicht in Angriff nehmen. Und zu glauben, daß mit dem Stimmzettel der Staatswille ohne Rücksicht auf die Umbildungen auf wirtschaftlichem Gebiete wie durch ein Wunder bestimmt werden könnte, zeugt von einer naiven Auffassung von Politik und dem Einfluß wirtschaftlicher Kraft.

Nein, nur wenn es möglich ist, daß im Austauschverkehr die Vertreter der reinen Arbeitskraft ihre gegenseitige Bekämpfung auf dem Arbeitsmarkt einzuschränken wissen, um dem Kapital als solchem gegenüber günstigere Bewertungsbedingungen erzielen zu können, nur dann vermag das Ziel erreicht zu werden, das wir oben der Gesellschaft als solcher gestellt haben. Hier stimmen wir dem sozialdemokratischen Programm durchaus zu, wenn es sagt, daß nur die Arbeiter selbst in der Lage sind, eine höhere Bewertung ihrer Arbeitskraft herbeizuführen. Wir sind zu sehr geneigt, die Schuld für die unerfreuliche soziale Entwicklung der Völker denen zuzuschreiben, die genommen haben, was sie bekommen konnten, als ob die Schuld nicht schließlich

auch dort liegt, wo man sich immer hat nehmen lassen, ohne dagegen richtig und mit Erfolg anzukämpfen. Aber Schuld hin, Schuld her. Sie ist ganz irrelevant bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Kampfes. Die fortschreitende Einsicht in die Natur des wirtschaftlichen Kampfes deckt die Möglichkeiten auf, die es für die nur auf ihre Arbeitskraft angewiesenen Privatwirtschaften gibt, den Wert dieser Einkommensquelle zu steigern. Und wenn diese Schichten dann mobil gemacht werden können, diesen Weg zu beschreiten, wenn damit die für die Beschaffung aller Güter notwendige Arbeit mit einem wachsenden Anteil am Produktionsertrage auf dem Wege des Austauschverkehrs abgefunden werden muß, dann wird mit der Verwirklichung der Aufgabe, daß der Kampf ums Dasein möglichst unter gleichen Voraussetzungen für alle Privatwirtschaften zu erfolgen habe, Ernst gemacht. Freilich bis zur Erreichung des Zieles hat es gute Weile. Ein rasches plötzliches Vorwärtstommen ist nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen. Es ist vielmehr ein fortgesetztes Kämpfen von Generation zu Generation notwendig, wobei nie das Ziel aus dem Auge verloren werden darf. Es ist nicht richtig, daß die Bewegung alles, das Ziel nichts sei, vielmehr hat das Ziel eine große Bedeutung selbst dann, wenn es in seiner Erfüllung nicht dem einstigen Ideal entspricht. Allerdings darf das Ziel keine Utopie sein, vielmehr wird es je nach dem Stande der Wissenschaft geläutert und geändert werden müssen. Vor allem aber hat man sich davor zu hüten, den Kampf ums Dasein vom moralischen Standpunkte aus gewissermaßen persönlich zu führen und den Egoismus ausschalten zu wollen. Das führt zu den bösesten Verirrungen, vor allem zu einer Überschätzung der reinen Politik. Gewiß gilt es, den Gegner zu erkennen, ihm zu sagen, wieso er im Kampfe ums Dasein erfolgreicher ist als andere, ihn gebührend zu charakterisieren und auch moralisch zu werten, aber gleichzeitig gilt es auch, die eigenen Schwächen zu erkennen, auf denen die Überlegenheit der Gegner basiert, auch diese Schwächen gebührend zu charakterisieren und auf ihre Beseitigung zu dringen.

Der Sozialismus ist eine Frage der Produktivität und eine Frage der Verteilung. Auf der einen Seite muß alles aufgeboten und alles unterstützt werden, was die Produktivität der Natur zu steigern geeignet ist und das zu einer Ersparnis an menschlicher Ar-

beitskraft führen kann, auf der andern Seite muß gleichzeitig darauf hingewirkt werden, daß die schwachen Existenzen gekräftigt werden, den allzu üppigen aber die überreichlichen Mittel entzogen werden. Denn beide Extreme führen zum Verderb der Angehörigen jener Privatwirtschaften, die entweder zu reich oder arm sind. Nun wäre es zweifellos einer über allen sich im gesellschaftlichen Leben auswirkenden Kräften stehenden Macht möglich, heute schon einen Ausgleich in sozialistischem Sinne herbeizuführen. Mit den Mitteln, die heute den reichen Privatwirtschaften übermäßig zu Gebote stehen, könnte den kärglich lebenden Existenzen ihr Dasein schon recht bemerkbar verbessert werden. Ja, es wäre für die reichen Familien bis zu einem gewissen Grade sogar eine Wohltat, wenn eine solche Verteilung erfolgen könnte. Denn gerade in diesen Kreisen macht sich eine Entwicklung bemerkbar, die man als Degeneration bezeichnen kann. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß Menschen, die sich auf üppigem Boden entfalten können, glücklich seien oder gesunde Exemplare der Gattung Mensch würden. Nein, sie gleichen Treibhauspflanzen, die, von Ausnahmen abgesehen, ein schmarogerhaftes Dasein führen. Ja will hier nicht das Leben und Treiben schildern, das sich einerseits in einem zu üppigen, andererseits in einem zu dürftigen Milieu entwickeln muß, genug, in beiden Lagern entartet der Mensch in einer Weise, daß er für die Ordnung, deren nun einmal die menschliche Gesellschaft bedarf, unbrauchbar wird.

Denkbar wäre also heute schon eine andere Art der Verteilung, aber da die Macht nicht existiert, die sie durchsetzen kann, so ist eine solche Art der Verteilung heute eben noch nicht durchführbar. Bis zu einem gewissen Grade geht auch das sozialdemokratische Programm von dieser Voraussetzung aus, aber es kommt zu einer nicht akzeptablen Schlussfolgerung. Es glaubt, daß mittels der politischen Macht, die die Arbeiterklasse sich erobern könne, die angedeutete Verteilung sich rascher herbeiführen lasse, als wenn man die Umwälzung in erster Linie auf wirtschaftlichem Wege erstrebe. Es spricht sich in dieser Anschauung eine starke Überschätzung der Macht des Staates aus.

Einmal ist es für die Arbeiter gar nicht so leicht, selbst in einem ganz demokratischen Lande die Staatsmacht gewissermaßen als unangefochtenes Monopol zu erhalten. Das freieste Wahlrecht wertet wohl

das einzelne Individuum formell gleich, aber die politische Gleichberechtigung schafft noch lange keine wirtschaftliche Gleichheit. Die wirtschaftlichen Unterschiede und die darauf basierenden Differenzierungen bestehen auch bei dem freiesten Wahlrechte weiter und schaffen Abhängigkeiten, die bei der Stellungnahme des einzelnen Individuums zu politischen Fragen stark ins Gewicht fallen. Bei freiestem Wahlrecht hat der wirtschaftlich Starke durch seinen sozialen Einfluß an sich schon weit mehr zu sagen als das Individuum, dessen wirtschaftliche Macht nichtsagend ist. Sodann aber würde auch unter der Annahme, daß eine Diktatur des Proletariats möglich wäre, die Staatsmacht nicht in der Lage sein, die nun einmal vorhandenen, aus der Tauschwirtschaft von Millionen und Übermillionen Privatwirtschaften sich ergebenden wirtschaftlichen Unterschiede wegzudektieren. Nur eine ganz mechanische Auffassung von Politik und Wirtschaft kann sich in solchen Utopien bewegen. Die harte Wirklichkeit kennt einen solchen Gang der Entwicklung nicht.

So wie die Dinge heute liegen und im Laufe der Tauschwirtschaft sich gestaltet haben, besteht zwischen Kapital und Arbeit ein unveröhnlicher Gegensatz. Das Kapital verkürzt den Anteil der Arbeit am Produktionsertrage in einer unleidlichen Weise, und es ist vom Standpunkt der Arbeit nur berechtigt, auf Mittel und Wege zu sinnen, den eigenen Anteil am Produktionsertrage zu steigern. Dies ist das Problem, dessen Lösung anzustreben ist. Warum ist aber der Anteil der Arbeit so stark herabgedrückt worden? Wir sind nur zu sehr geneigt, die Schuld dafür denen zuzuweisen, die von dieser Entwicklung Vorteil gehabt haben, also den Kapitalisten oder dem Kapitale. Es spukt da wieder die Vorstellung von einer höheren Gerechtigkeit in unsere Auffassung hinein. Man sollte aber endlich einsehen, daß wir mit moralischen Prinzipien nicht weiter kommen. Fragen wir lieber, warum ist es dem Kapitale gelungen, seinen Anteil am Produktionsertrage in einem Maße zu steigern, daß dadurch weite Schichten der Arbeitenden auf ein so tiefes soziales Niveau herabgedrückt werden konnten? Das ist zweifellos nur möglich geworden durch die Isolierung und Zersplitterung der Arbeitskräfte, durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte. Diese Konkurrenz ist örtlich schon sehr stark nach Geschlecht und Alter, nach Beruf

und Gewerbe, nach der Höhe der Lebensansprüche usw., sie ist aber noch stärker innerhalb größerer Marktgebiete, zwischen Stadt und Land, infolge der Verschiedenheiten der natürlichen Produktivität, sie ist besonders groß zwischen den verschiedenen nationalen Wirtschaftsgebieten, kurz sie ist lokal wie international.

Das wird zugestanden werden, daß wenn diese Konkurrenz nicht bestände, die Arbeit nicht unter die Herrschaft des Kapitals gekommen wäre, denn das Kapital braucht die Arbeit mindestens so notwendig wie die Arbeit das Kapital. Wenn wir so die Folgen der gegenseitigen Konkurrenz der Arbeiter erkennen, so scheint es ganz falsch zu sein, die Abhilfe von der Seite zu erwarten, die Vorteile von dieser Konkurrenz hat, sondern man muß dafür Sorge tragen, daß die Konkurrenz im eigenen Lager vermindert und möglichst beseitigt wird. Das ist sicherlich viel leichter gesagt als getan. Aber im Prinzip sind die Arbeiter selbst schon auf den richtigen Weg gekommen. Der gewerkschaftliche und konsumgenossenschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter ist nichts anderes als der erste Schritt, um der Konkurrenz unter den Arbeitern zu steuern. Nun ist es freilich ein langwieriger Weg zum Ziele, und wenn es einen kürzeren Weg gäbe, müßte man zweifellos diesen bevorzugen. Aber meines Erachtens gibt es keinen solchen. Selbst wenn die politische Macht eine Aufhebung der auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Konkurrenz dekretieren wollte, so würden damit die tatsächlich vorhandenen Ursachen der Konkurrenz nicht beseitigt werden: der heutige Zustand würde in anderer Weise fortbauern und seine Ubelstände zum Ausdruck bringen. Man kann eben die Folgen einer vielhundertjährigen Entwicklung der Tauschwirtschaft nicht durch Machtspruch beseitigen, sondern man muß die Masse der Menschen erst so weit im Kampfe und im Kämpfen erziehen, daß sie in bewußter Weise als wirtschaftliche Subjekte zu handeln verstehen.

Schon heute läßt sich der wirtschaftliche Erfolg der Organisation für die Arbeiterschaft gar nicht hoch genug schätzen. Es ist ein Jammer von unseren Staatsmännern, daß sie die erzieherische Seite dieser Organisationen nicht zu werten vermögen. Was wäre aus unserm modernen Industrieproletariate geworden, wenn nicht die Gewerkschaften diese Massen nach ihren wirtschaftlichen Interessen gegliedert, geschult

und diszipliniert hätten? Da hält man sich an manchen Nebenerscheinungen auf, die bei dieser Organisation von Massen unangenehm in die Erscheinung treten mögen und vergißt darüber den hohen und wirtschaftlichen und politischen Wert dieser ungeheuren Erziehungsarbeit. Davon aber ganz abgesehen sind die wirtschaftlichen Erfolge, die die Arbeiter durch den Zusammenschluß erzielt haben, schon recht merkbar, und die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber eröffnet eine neue Ära der gesamten Arbeitsmarktpolitik, durch die nicht nur die Konkurrenz unter den Arbeitern eingeengt, sondern auch ein Ausgleich der Produktionsbedingungen herbeigeführt werden wird. Angesichts solcher Erfolge praktischer Art auf dem Wege zur Sozialisierung der menschlichen Gesellschaft kann man eben alle die Stellen des sozialdemokratischen Programms, die gegen die allmähliche Aufwärtsentwicklung sprechen, nicht mehr aufrechterhalten. Die Behauptung von der wachsenden Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends, des Drucks, der Anechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung stimmt von dem Tage an nicht mehr, an dem die Arbeiter die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage selbst in die Hand nehmen und auf dem Boden der heutigen Austauschweise ihre Kräfte sammeln und verwerten. Die Unsicherheit der Existenz nimmt für den einzelnen Arbeiter wie für die Arbeiterschaft um so mehr ab, je mehr die Organisationen ausgebaut sind, ebenso wird aber auch die wirtschaftliche, soziale, rechtliche und politische Stellung durch den Zusammenschluß der Arbeiter günstiger. Wenn es nicht rascher vorangeht, so liegt die Schuld wieder weit mehr an den noch außerhalb der Organisationen stehenden Arbeitermassen als an der Gegenseite, und die Besserung kann nicht und wird nicht von dieser kommen, sondern einzig und allein durch die Einbeziehung der noch nicht organisierten Arbeitskräfte. Man wird hier vielleicht einwenden, daß diese Einbeziehung ein Ding der Unmöglichkeit sei, aber wir halten eine solche Bankrotterklärung für irrig. Gewiß mag es schwer halten und lange währen, bis die große Masse der Arbeiter eingesehen hat, auf welchem Wege in erster Linie eine Besserung ihrer Klassenlage möglich ist. Denn bei dieser ganzen Tätigkeit handelt es sich ja nicht darum, den einzelnen Arbeiter vorwärts zu bringen, sondern um die Ar-

beiterschaft in ihrer Gesamtheit auf ein höheres wirtschaftliches Niveau zu führen.

Was hier vor allen Dingen notwendig ist und was deswegen hier noch ausgeführt werden soll, das ist eine Aufklärung der Arbeitermassen über ihre Stellung im Wirtschaftsleben. Soviel auch heute der Arbeiter mit Bildungstoff überschüttet wird, die rein wirtschaftliche Belehrung, die freilich je nach dem sozialen Niveau recht verschieden gehalten sein muß, fehlt ihm. Und doch ist gerade hier die Wurzel der Erkenntnis zu suchen, die den Willen zu beeinflussen hat. Man darf und soll nicht damit rechnen, daß die Volksschule diese Kenntnisse der heranwachsenden Jugend übermitteln wird. Das wird sie nicht und kann sie unter den heutigen politischen Machtverhältnissen nicht. Deswegen muß hier die Erziehungsarbeit der Arbeiterorganisationen selbst einsetzen. Was heute an Bildungsmitteln geboten wird, mag gut und schön sein, aber was nützen alle Bildungselemente, wenn die Hauptsache fehlt, wenn der heranwachsende Arbeiter sich in dem Labyrinth der Erwerbsverhältnisse nicht zurechtfinden kann, wenn er nicht darüber aufgeklärt wird, in welcher Weise er allein vorwärts kommen kann. Das ist das A und O, das der heutige junge Arbeiter braucht. Und hier fehlt es noch sehr an mündlicher und schriftlicher brauchbarer Aufklärung. Selbst dadurch, daß die Arbeiter sich einer Organisation anschließen, ist noch nichts für den intellektuellen Reifezustand des Arbeiters gesagt. Er muß genau wissen, aus welchen Gründen er sich anschließen muß, er muß den Zusammenhang der heutigen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse einsehen, so daß in ihm selbst die Erkenntnis aufleuchtet, warum er der Organisation beizutreten hat. Nicht nur für die noch zu organisierenden Arbeitermassen, sondern auch für die organisierten ist systematische und fortlaufende wirtschaftliche Aufklärung weit wichtiger, als es heute leider angenommen wird. Auch hier ist für die Arbeiter das Beste gerade gut genug. Dem Auffassungsvermögen der Arbeiter muß sich die Wissenschaft anpassen; sie vergibt sich dabei wahrhaftig nichts.

## Das Schaffen des Arbeiters

Der Wert der Ware Arbeitskraft wird durch ihre Reproduktionskosten bestimmt. Das ist ein sehr richtiger Satz, aber es ist zu bedenken, daß der Begriff Reproduktionskosten äußerst dehnbar ist. Die Höhe der in irgendeinem Marktgebiete zu einer bestimmten Zeit geltenden und üblichen Reproduktionskosten hängt von einer ganzen Reihe von Ursachen ab, nicht zuletzt wieder von dem Grade der Produktivität der Natur, wozu diesmal auch die Produktivität der Menschen selbst zu rechnen ist. Wenn wir die Reproduktionskosten international vergleichen würden, so kämen wir zu ganz gewaltigen Unterschieden in der Höhe der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft. Bevor diese einigermaßen miteinander ausgeglichen sind, ist an eine endgültige Lösung des sozialen Problems nicht zu denken. Aber wir brauchen das Problem gar nicht erst international zu erfassen, es genügt, auf ein einzelnes politisch geschlossenes Wirtschaftsgebiet zu schauen, um die starken Gegensätze in der Höhe der Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu erkennen. Gibt es nun eine Grenze dieser Kosten nach unten? Leider nein. Das muß mit allem Nachdruck betont werden. Neben den armen Schichten der Bevölkerung gibt es noch ärmere, noch anspruchslosere und noch dürftiger lebende bis herab zu den Kreisen, deren Dasein überhaupt nicht mehr nach heutigen Begriffen als menschlich angesprochen werden kann. Die starken Unterschiede im Niveau der Reproduktionskosten sind vorhanden. Aus ihnen resultieren nun verschiedene wichtige Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Besitzer der Ware Arbeitskraft muß seine Ware verkaufen, damit er Einkommen erhält. Er will und sucht Arbeitsgelegenheit. Da aber das Ausmaß der Arbeitsgelegenheit ein im Verhältnis zur Zahl der Arbeitssuchenden beschränktes ist, so entsteht auf dem Arbeitsmarkt ein mehr oder weniger starker Wettbewerb der Arbeitssuchenden um die offenen Stellen. Die Arbeitssuchenden mit ihren verschiedenen Ansprüchen aus Leben, die sich aus dem Willen, aus dem sie kommen, ergeben, drücken sich den Preis der Ware Arbeitskraft gegenseitig herab, da sie es eben in erster Linie auf die Arbeitsgelegenheit abgesehen haben müssen. Von Aus-